

Bewegung für Sozialismus
FÖJ

offensiv links

9/10 | Jan.'75

- 8** EIN TAG IM LEBEN DES
KAPITALISMUS
- 12** BRITISCHE HERRSCHAFT
IN NORDIRLAND
- 14** GRIECHENLAND:
WAHLEN UND ...
- 23** UNI-WIEN: SOLIDARITÄT
MACHT STARK

Gegen bürgerliche Klassenjustiz! Gegen sinnlose Gewalt!

Der Tod von Holger Meins fordert von jedem Linken bedingungslose Solidarität mit einem Opfer bürgerlicher Klassenjustiz. Das Attentat auf den Präsidenten des Berliner Kammergerichts fordert bedingungslosen Protest gegen sinnlose Gewaltausübung gegen einen Menschen.

Dieses Attentat hat an eine Solidarisierung mit der RAF(Rote Armee Fraktion) so hohe Bedingungen geknüpft, daß jede Parteiergreifung, die sich nicht sehr genau ihre Gründe überlegt, zur hilflosen Farce oder zur blinden, politisch untragbaren Solidarisierung zu werden droht. Wir sind der Meinung, daß angesichts der beiden Opfer von Gewaltausübung eine Solidarität mit

den Mitgliedern der RAF nur noch dann möglich ist, wenn man sich zugleich jener moralischen Grundlagen sozialistischer Politik vergewissert, die auch das Attentat auf den Präsidenten des Berliner Kammergerichts für nicht duldbar erscheinen lassen.

I. - Mit dem Tod von Holger Meins hatte sich die bürgerliche Justiz als potentiell faschistische Unterdrückung, die ohne Urteil bereits "vollstreckt", wieder einmal entlarvt. Es wird von ihr ein Verfahren praktiziert, durch das nicht eine Gruppe politischer Gegner dingfest gemacht werden soll, sondern die Mitglieder in ihrer Individualität zerstört werden. Es wurde offenbar, daß hinter all den

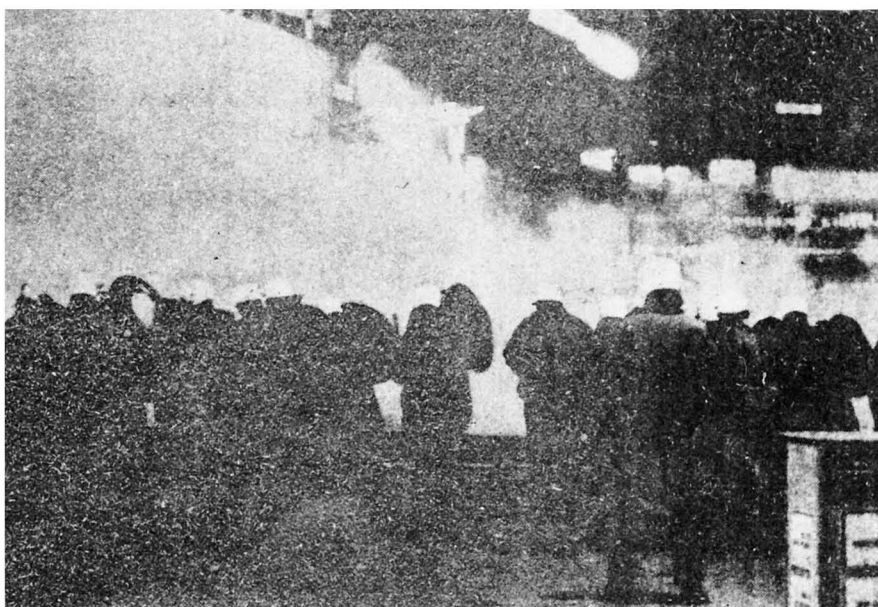
rechtsstaatlichen Verfahren des staatlichen Apparats stets die nackte Gewaltausübung droht: man denke an den Mannheimer Gefängnissskandal und die immer wiederkehrenden Fälle von brutaler Gewaltausübung vor allem an proletarischen Häftlingen, die sich eben nicht mittels Kenntnis und mit den Mitteln der bürgerlichen Verfahrensregeln und Korruptionsmechanismen im Gefängnis noch einen relativ gesicherten Status erschleichen können, wie das bei bürgerlichen zumal Wirtschaftskriminellen der Fall ist. Die Mitglieder der RAF, die in den Gefängnissen sitzen, sind dieser Gewalt ausgeliefert. Aber:

Fortsetzung auf Seite 2

Am Beispiel Zucker

Mitte Dezember versuchten tausende Käufer vergeblich Kristallzucker zu kaufen. Die Regale waren leer. Schuld daran seien die "Hamsterer" so hieß es seitens der Zuckerindustrie und des Handelsministeriums. Sicher gab es auch Hamsterkäufe, was nicht verwunderlich ist, wenn man weiß, daß der Zuckerpreis wieder erhöht werden soll. Aber so leicht sollte man sich nicht mit Erklärungen zufriedengeben. Selbst Vertreter der

Fortsetzung auf Seite 5



Tränengaseinsatz der Berliner Polizei gegen eine Solidaritätsdemonstration mit den politischen Gefangenen

offensiv links

Linke, Sozialisten, Kommunisten wissen oft zu wenig von ihren unterschiedlichen Problemen und Auffassungen, auch von den Problemen und Meinungen der Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten.

Die Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten wissen wenig oder gar nichts von den Problemen und Auffassungen der Linken, Sozialisten und Kommunisten und wenn sie einmal etwas hören, was sie interessieren könnte, verstehen sie nicht die Sprache der Linken.

"offensiv links" will hier eine Lücke füllen, die Kluft zwischen alter und neuer Linken überbrücken helfen.

Den Graben zwischen Linken, Sozialisten und Kommunisten auf der einen Seite und den Arbeitern und Angestellten, Schülern und Studenten auf der anderen Seite zu schließen.

Durch breite, verständliche und aktuelle Information über alle Lebensfragen der arbeitenden Bevölkerung, über die Kämpfe gegen Kapitalismus und Ausbeutung, gegen Imperialismus und Unterdrückung.

"offensiv links" wird von der FÖJ-Bewegung für Sozialismus herausgegeben. In der FÖJ-Bewegung für Sozialismus sind Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Studenten organisiert. Die Erfahrungen, die der einzelne in der Arbeitszeit und in der Freizeit macht, werden regelmäßig ausgetauscht.

Verständnis für die Probleme des einzelnen hilft die Erkenntnis der Probleme der arbeitenden Bevölkerung vertiefen.

KONTAKTADRESSEN:

1040 Wien, Belvederegasse 10, 65-19-52

1090 Wien, Porzellangasse 33a, 34-67-145

1020 Wien, Odeongasse 1(Eingang Große Mohrengasse), 24-70-402

ERSCHEINUNGSORT: WIEN

VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"offensiv links"

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ - Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1090 Wien, Porzellangasse 33a, Telefon: 34 67 145

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52

Kontonummer: 223-102-976, Länderbank Wien.

Einzelpreis: S 5, --

Jahresabonnement: S 50, --

Bei Mitgliedern ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag beinhaltet.

offensiv links

Der Justizapparat hat es bislang erfolgreich verstanden, seine Maßnahmen gegen die RAF-Mitglieder in "rechtsstaatliche" Verfahrensregeln zu kleiden. Dies macht es gerade den Verteidigern der RAF so unglaublich schwer, hier noch eine minimale Chance auf den "fairen Prozeß" zu sehen.

Die RAF-Mitglieder werden nach außen als gewöhnliche Kriminelle behandelt, denen jegliches politisches Motiv abgesprochen wird, nach innen jedoch als politische Kriminelle in dem Sinne, daß sie von den anderen, gewöhnlichen, getrennt gehalten werden. Eine Solidarisierung von außen wird dadurch tendenziell unmöglich, weil die größten Teile der Linken die politischen Inhalte und Methoden der RAF scharf kritisieren. Eine Solidarisierung von innen ist erschwert, weil den Mitgefangenen diese Häftlinge als totale Fremdkörper erscheinen müssen, mit denen sie nichts gemein haben. Das ist der Inhalt der Isolation. Und diese Isolation muß gerade für Menschen, die an ihren politischen Motiven keinen Zweifel haben, zu einer kaum vorstellbaren Folter werden. Den Hungerstreik muß man als Protest gegen diese Folter sehen. Aber seine Basis ist in keiner Hinsicht mehr in jenem engen Sinne politisch, der dem normalen Verständnis von Politik, wie es auch in der Linken vorherrscht, entspricht. Der Protest der RAF-Mitglieder und derer, die sich anlässlich des Hungerstreiks mit ihnen solidarisierten, ist nicht mehr in Partei- oder Fraktionskategorien zu fassen. Er basiert, vermutlich auch bei den in den Gefängnissen Streikenden, auf der gemeinsamen moralischen Überzeugung, daß die in blutigen Kämpfen in der Menschheitsgeschichte errungenen allgemeinen Menschenrechte mit dem letzten und entscheidenden Recht auf Unversehrtheit des Lebens als Kern, von niemandem verletzt werden darf, der sich selbst noch in seinen allgemeinen Phrasen, wie es auch und gerade im bürgerlichen Rechtsstaat der Fall ist, auf sie beruft.

II. - Vor diesem Hintergrund aber ist auch das Attentat auf den Berliner Kammergerichtspräsidenten zu beurteilen. Der Tod von Holger Meins hatte deutlich gemacht, daß die vor-

geschobenen Gründe der bürgerlichen Justiz letztlich bloße Verschleierungsmanöver vor den Akten purer Gewaltausübung waren, daß, wie immer man politisch zur RAF stehen mag, hier im Strafvollzug jene Grenze zur Barbarei erreicht war, die bereits Katharina Hammerschmidt, Astrid Proll und andere erfahren mußten. Die bürgerliche Justiz hatte partiell und exemplarisch den Blick auf ihre möglichen inneren Entwicklungstendenzen freigegeben. Damit waren die Voraussetzungen dafür gegeben, einen auf die letzten Rechte zurückgedrängten Protest politisch anzufüllen und aus der seit Jahren herrschenden Isolation herauszukommen. Das Attentat auf den Kammergerichtspräsidenten hat in doppelter Hinsicht diese Basis zerstört:

1. Es hat selbst den Boden allgemeiner Menschenrechte verlassen, die erst sozialistische Politik in ihrer Substanz verwirklichen muß. In einem blinden Akt von Gewaltausübung beansprucht das Attentat, die partiell entlarvte Justiz stellvertretend an einer Person zu bestrafen. Es hat damit aber der revolutionären Grunderkenntnis, daß die Menschen nicht für die Bedingungen, unter denen sie leben und arbeiten individuell zu bestrafen sind, ins Gesicht geschlagen.

2. Es hat selbst jeden Ansatz für einen politischen Protest im Keime erstickt, weil es das Faktum der institutionalisierten Klassenjustiz zu einem Problem des einzelnen Richters oder des einzelnen Vollzugsbeamten gemacht hat. Der Charakter der staatlichen Gewalt, wie er mit dem Tod von Holger Meins schlagend zu Tage getreten ist, wurde durch den Racheakt des Attentats personalisiert. Damit aber hat es das bürgerliche Verfahrenssystem objektiv wieder in sein Recht gesetzt: Der Staatsapparat kann nun, gerade unter Berufung auf die allgemeinen Menschenrechte und den Restsstaat, um so schärfer gegen die RAF und die Linke insgesamt vorgehen. Auf den Akt des privaten Faustrechts antworten die Institutionen mit dem scheinbar neutralen und fairen öffentlichen System der bürgerlichen Justiz, unter dessen Mantel erst recht ein System an Einzelnen exekutiert und in diesem Sinne privatisierter Rache durchgeführt werden kann.

III. – Für eine sozialistische Strategie kommt es aber gerade darauf an, die staatliche Gewalt nicht als individuell ausgeübt, sondern als strukturell in der bürgerlichen Klassengesellschaft angelegt zu bekämpfen. Der Mord an Drenkmann hat das Individuum Drenkmann beseitigt, nicht den Präsidenten des Kammergerichts. Daß das Attentat ein Akt der Verzweiflung gewesen sein mag, die aus politischer Ohnmacht resultiert, wollen wir nicht bestreiten. Aber Verzweiflung ist keine Basis für politische Aktionen, wenn in dem Verzweifeln nicht gerade auch die Erkenntnis der objektiven Mechanismen der Gesellschaft sichtbar werden, die man nicht durch Akte des individuellen Faustrechts aus der Welt schafft. Die bürgerliche Klassenjustiz muß durch die Linke in ihrer doppelten Bedrohung erkannt und in einer doppelten Stoßrichtung bekämpft werden.

1. Sie ist Klassenjustiz, weil sie der herrschenden Klasse gerade durch ihr scheinbar faires und öffentliches, das heißt allgemeingültiges Verfahrenssystem dient, ein System, welchem das Proletariat wegen seiner gesellschaftlich beherrschten Stellung immer schon als ungleich und mit geringeren, wenn nicht gar keinen Chancen auf Gerechtigkeit gegenübersteht.

2. Sie ist Klassenjustiz, weil sie – trotz aller rechtsstaatlichen Entwicklungen – im Kern immer noch die Gewaltherrschaft einer Klasse über die andere ist und deshalb stets droht, als nackte Gewalt aus den rechtsstaatlichen Anbindungen und Sicherungen hervorzutreten, das heißt

faschistisch zu werden. Gegen die Klassenjustiz kann letztlich nur siegen, wer das Proletariat auf seiner Seite hat. Die Aktionen der RAF waren jedoch nicht darauf angelegt, die proletarischen Massen zu ergreifen, weil sie deren Bewußtsein und deren Sorgen in politischer Arroganz mißachteten. In einem typisch-bürgerlichen Mißverhältnis wird die proletarische Klassengewalt mit dem privatisierten Faustrecht kleiner Gruppen und einzelner Personen verwechselt und damit verhöhnt.

Geht man von den Entwicklungsbedingungen der Arbeiterbewegung aus, dann sind die Aktionen der RAF scharf zu kritisieren und zu verurteilen. Dadurch werden immer wieder Reaktionsweisen des bürgerlichen Staats provoziert, die nicht mehr gegen die RAF allein gerichtet werden, sondern gegen die gesamte Linke. Die Linke kann sich dagegen nur zur Wehr setzen, indem sie sich der gemeinsamen Grundlagen ihrer Politik versichert. Dies schließt notwendig ein, daß sie sich von der RAF und ähnlichen Gruppen eindeutig politisch distanziert. Die Distanzierung darf nicht nur darin bestehen, mit Empörung auf das Attentat auf Drenkmann oder den Mord an Schmücker oder ähnlichen Aktionen in Vergangenheit und Zukunft zu reagieren, sondern durch ihre politische Arbeit die Bedingungen für die Organisation der Arbeiterbewegung zu verbessern. Dazu ist aber eine wesentliche Voraussetzung die Erkenntnis des Charakters der bürgerlichen Gesellschaft heute, die Einschätzung der politischen Möglichkeiten und Unmöglichkeiten in



einer bestimmten Situation, die Einordnung der politischen Aktivitäten innerhalb einer langfristigen Strategie. Nur so ist die Organisation der Linken weiterzubringen. Dies schließt auch den Verzicht auf ein Vokabular ein, das – wie die Bezeichnung des Mordes als "Hinrichtung" – in der Sprachregelung den politischen Begründungszusammenhang der RAF übernimmt, d.h. sämtliche gesellschaftliche Bedingungen und politische Formen proletarischer Revolution in militärische Kalküle umdeutet:

Der Teufelskreis von politischer Ohnmacht, der Fehleinschätzung des Entwicklungsstandes der sozialen Bewegung, sinnlosen Aktionen, entsprechenden Reaktionen des Staatsapparates gegen die gesamte Linke und der damit einhergehenden Einschüchterung auch der letzten Reste liberaler Öffentlichkeit, muß endlich gebrochen werden.

IV. – Davon unabhängig mußten die Mitglieder der RAF in den Gefängnissen als Opfer bürgerlicher Gewaltherrschaft, die sich exemplarisch an ihnen vollzieht, begriffen werden. Die Linke kann sich allerdings nicht dem egozentrischen Selbstverständnis der RAF anschließen, als ginge es um die Genossen in den Gefängnissen allein, denn es geht hier um Grundpositionen jeder sozialistischen Politik, die nicht aufgegeben werden dürfen, will man nicht entscheidende geschichtliche Fortschritte wieder rückgängig machen: das Bürgertum hat, als es noch revolutionär war, gegen die willkürliche Gewaltherrschaft des Feudalismus allgemeine Menschenrechte erkämpft und sie im Rechtsstaat institutionalisiert, der für alle gelten soll. Das Bürgertum als herrschende Klasse hat jedoch diese allgemeinen Menschenrechte immer wieder eingeschränkt und im Faschismus völlig fallen lassen. Darum ist es mehr und mehr die Aufgabe der Arbeiterbewegung geworden, diese Menschenrechte als ein Minimum an historisch erreichtem Fortschritt gegen Formen bürgerlicher Gewaltherrschaft zu verteidigen. Die soziale Bewegung verrät ihre eigenen Ziele, wenn sie selbst durch ihre Praxis dieses Minimum an erkämpften historischen Fortschritt aufgibt.

Die Verteidigung der Menschenrechte kann und darf die Linke nicht den "moralischen Instanzen" der bürger-

HEINZ KOLISCH
LIEBIGGASSE 9
43 32 21
1010 WIEN

BOOK POWER



lichen Gesellschaft, wie einzelnen Gruppen in der Kirche, allein überlassen; und erst recht nicht der scheinheiligen Kampagne der Reaktion, die sich gegenwärtig mit "Abscheu" und "Empörung" gegen das Attentat auf den Kammergerichtspräsidenten wendet und dabei bereits die nächsten "harten Schritte" gegen die Linke insgesamt, und gegen die Personen, die bereits in ihrer Gewalt sind, vorbereitet. Dabei muß die Linke allerdings kategorisch Kampfmethoden ablehnen, die – mit welchen Motiven auch immer sie angewendet werden – nur das Zerrbild bürgerlicher Gewalt sind. Sie darf den Klassenkampf nicht in Kategorien eines Dschungelkampfes umdeuten, eines Krieges, in dem sie schon deshalb unterliegen muß, weil sie so die massenhafte Forderung nach besserem Leben, nach Sozialismus nicht in Gang setzen kann, und in ihren eigenen Aktionen das Recht auf pures Überleben sinnlos verletzt.

Die Sozialistische Assistentenzelle (SAZ) am Fachbereich 15 der FU Berlin hat aus Anlaß des Todes von Holger Meins und des Attentats auf den Präsidenten des Berliner Kammergerichts eine Erklärung abgegeben, die inhaltlich unserer Position entspricht. Wir drucken deshalb – sozusagen als Argumentationshilfe – diese Erklärung der SAZ ab.



Demonstration in Hamburg



15. Jänner 1975 bis 22. Februar 1975

KUNST IM WIDERSTAND

Bilder und Grafiken von:

Carl ZAHRAĐNIK, Florentina PAKOSTA,
Stuart S.R. MATTHENS, Emin BALIC,
Helmut KURZ GOLDENSTEIN

GALERIE AUSTERLITZ

1090 Wien 9, Währinger Straße 57 – Telefon 42 50 654

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Freitag 14 – 19 Uhr, Samstag 10 – 13 Uhr

Am Beispiel Zucker

Zuckerindustrie erklären, daß der Zuckerberg nicht von den Hausfrauen gegessen werden konnte. In Österreich werden 360.000 t Zucker pro Jahr erzeugt und nur 290.000 t für den Eigenverbrauch benötigt.

Uns wird daher doch niemand einreden wollen, daß die kleinen Hamsterer für den aufreizenden Zuckermangel verantwortlich sind.



LEGALER ZUCKEREXPORT

Der Weltmarktpreis des Zuckers ist um ca. 500 % gestiegen. Während in Österreich der preisgeregelter Großhandelspreis S 7,20 pro Kilo Kristallzucker gilt, kostet in der Schweiz der Zucker S 30,- pro Kilo. Dieser Preis ließ viele Unternehmer nicht ruhen (z. B. Platzler, Rauch u. a.). So fuhren hunderte Tankautos mit Zucker (58 % verdünnt) legal in die Schweiz. Die Wochenpresse vom 18. Dezember 1974 schrieb dazu:

"Rekordumsätze verbuchte dabei Vorarlbergs Großmarkt Zumtobel (ein kleiner "Zuckerexporteur" im Vergleich zu anderen Anm.d. Verf.) Die tüchtigen Kaufleute konnten ihren Umsatz von 70 t (November 1973) auf 1140 t (November 1974) hinaufkatapultieren..."

Kleines Rechenbeispiel:

Je Kilo Zucker S 6,83 Fabriksabgabepreis, S 8,- Transportkosten, S 2,- Raffinationskosten. Bleibt S 12,- Nettogewinn pro kg Zucker. Bei 25 Tankzügen mit je 40 t ein Gewinn von 11 Mill. Schilling.

Und damit ist auch das Rätsel Zuckerknappheit gelöst. Um Extraprofiten zu realisieren wurden hunderte Tonnen Zucker (die genaue Zahl ist schwer feststellbar) in die Schweiz aber auch in andere Länder verschoben. Daß die Zuckerbarone dieses Geschäft zu spät erkannt haben und nicht selbst eingestiegen sind wurmt sie sehr. Daher wollen sie im Inland wenigstens den Rahm abschöpfen und verlangen eine Preiserhöhung. (Die letzte Preiserhöhung um 80 g/kg wurde am 1. 8. 1974 wirksam).

Geradezu absurd wird bei dieser Expansion die Drohung, daß Arbeitsplätze in Gefahr sind, wie dies der Direktor der Tullner Zuckerfabrik Karl Vogler androhte, falls der Preiserhöhung nicht stattgegeben wird. Denn der Grund für Preiserhöhungen, auch bei Zucker, darf "nur" in der Erhöhung der Personalkosten zu suchen sein. Die "Lohn-Preis-Spirale" hat ihre Gültigkeit zu beweisen, auch wenn die Wirklichkeit eindeutig zeigt, daß nicht die Erhöhung der Löhne sondern die Gier nach Extraprofiten die Ursache für die Preiserhöhungen sind. Selten ist das so deutlich geworden wie am Beispiel Zucker.

SPÖ Oberösterreich:

„Der Kaiser ist ja nackt“

Mit dem außerordentlichen Landesparteitag der oberösterreichischen SPÖ in Enns am 16. November 1974 erreichte die Krise der SP-Landesorganisation ihren Höhepunkt, ganz ausgestanden ist sie sicher noch nicht. Was kennzeichnet die Situation der oberösterreichischen SPÖ?

Vor allem der relativ stagnierende Anteil am Wählerpotential angesichts des starken sozialen Wandels in OÖ ist augenfällig. Im Land mit dem

dynamischsten Wirtschaftswachstum ist es der SP nicht gelungen, aus dem gestiegenen Industriearbeiteranteil ihr Stammwählerpotential zu vergrößern. Die derzeitige Krise ist ein Ausdruck des Unbehagens über diesen Zustand und findet in der Form einer Personal-krise ihren Ausdruck. Man muß in das Jahr 1967 zurückgreifen, um das Entstehen der Krise zu erklären.

Nach eineinhalb Jahren ÖVP-Alleinregierung gelingt der SPÖ bei den

Landtagswahlen in OÖ ein entscheidender Durchbruch. Die SPÖ wird stimmenstärkste Partei im Land und zieht mit gleichviel Mandaten wie die ÖVP in den Landtag. Mit Hilfe der FPÖ behält aber die ÖVP den Landeshauptmann. Im September 1972 wird nach dem aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Parteiobmann Demuth ("Ideologie ist Bundeskompetenz, die bei uns nicht diskutiert wird") eine neue Parteiführung gewählt. Die Funktionen des

Landesparteib Mannes und des Landeshauptmannstellvertreters wurde personell getrennt. Parteib Mann wurde der Linzer Bürgermeister Hillinger. Bei der Wahl des Landeshauptmannstellvertreters unterlag der jetzige Parteib Mann Hartl gegen Fridl knapp. Mit Fridl als Spitzenkandidat wollte die SP nun in den Landtagswahlkampf ziehen.

Mitten im Wahlkampf platzte eine Bombe. Hillinger erklärte in Weinlaune im Freundenskreis, daß nicht Fridl, sondern er, unabhängig vom Wahlausgang, Landeshauptmann werde. Der impulsive Linzer Bürgermeister hat sich schon immer über den farblos scheinenden Fridl überlegen gefühlt und hat sich offensichtlich bereits vor der Wahl mit der FPÖ darüber abgesprochen, daß diesmal ein Sozialist, und zwar er, Landeshauptmann werden soll. Die bürgerliche Presse brachte das groß an die Öffentlichkeit und weidete sich wochenlang an dem daraufhin ausgebrochenen SP-internen Gezänk.

Das war mit ein Grund dafür, daß die SP die Landtagswahl 1974 verlor, die

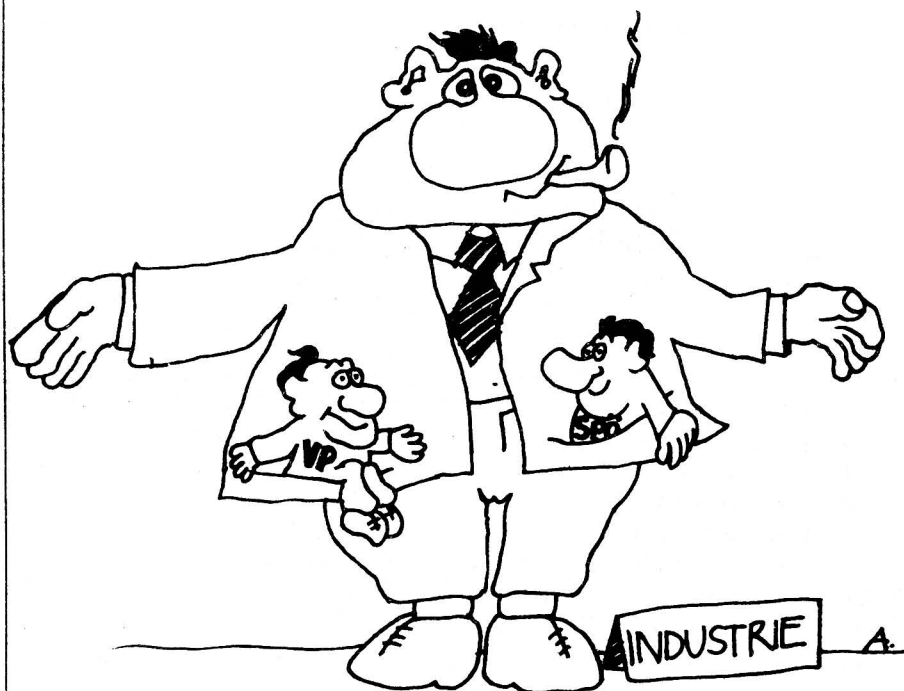
ÖVP die absolute Mehrheit errang und Hillingers Absprachen mit der FPÖ wertlos wurden. Auf der Suche nach den Schuldigen stieß man nahe- liegenderweise sofort auf den Spitzenkandidaten Fridl. Die Junge Generation forderte seinen Rücktritt. Ein gutdotierter Posten bei der OKA (OÖ Kraftwerke AG) wurde ihm angeboten. Doch Fridl ließ sich nicht abschieben und ging zum Gegenangriff über. Er wies darauf hin, daß es die größten Stimmenverluste im Bezirk Linz, der Domäne Hillingers gegeben hatte und er sich im Bezirk Braunau gut gehalten habe.

Zu Beginn dieses Jahres gab die SP eine Untersuchung über die Ursachen der Wahlniederlage in Auftrag. Die befragten Parteifunktionäre dürften sich bei dieser Befragung nicht sehr positiv über die Parteiführung geäußert haben. Noch bevor die Untersuchung fertig ausgewertet wurde, beschloß die Parteiführung, die Fragebögen zu vernichten.

Bald darauf beim Bundesparteitag erhielt Hillinger nach Probst die meisten

Streichungen bei der Wahl zum Bundesparteivorstand. Diese Abstimmung ist immer ein genaues Stimmungsbarometer, für Hillinger zeigte sich die Tendenz "fallend".

Der Sturm brach erst im Herbst los, mühsam vorbereitet von Kontrolllobmann Baumgartner. Der 49 Jahre junge Pensionist, vormals Direktor der Länderbank, war das einzige Mitglied der Kontrolle, das nichts mehr zu gewinnen oder zu verlieren hatte. Es dürfte ein Tip von Fridl gewesen sein, beim sozialistischen Gemeindevertreterverband und beim Werbering zu schnüffeln. Baumgartner wurde fündig, über eine halbe Million Schilling fehlten. Verantwortlich dafür war der Landespartei sekretär Habringer. Als Baumgartner bei einer Sitzung des Landesparteivorstandes am 31. August den Kontrollbericht bringen wollte, entzog ihm Hillinger das Wort. Eine Woche später stand nun alles in den OÖ. Nachrichten, der größten Lokalzeitung. "Korruptionsaffäre in Oberösterreichs SP" stand in großen Schlagzeilen auf der ersten Seite. Die Parteiführung bezeichnete alles als eine Erfindung der bürgerlichen Presse und Habringer brachte eine Ehrenbeleidigungsklage ein, die er später, als der Prozeß vor der Tür stand, zurückzog. Einige Tage später brachte das von der SP herausgegebene "Linzer Tagblatt" einen Bericht über die Lage der Partei, unterzeichnet von der gesamten Redaktion. Darin wurden die Vorwürfe der bürgerlichen Presse bestätigt und die Einberufung eines außerordentlichen Landesparteitages gefordert. Das lange schon dahinschwelende Unbehagen über Hillinger und Habringer wurde offenkundig. Hillinger, der seine Popularität seiner Trinkfestigkeit und seiner Sangeslaune bei diversen Festen verdankt, verlor, einmal in die Enge getrieben, seine Attraktivität. Was ihm früher Sympathien eingebracht hat, wurde auf einmal als Schwäche und Fehler gedeutet. Die Tatsache, daß er sich am liebsten in Kreisen des Geldadels bewegt, stieß auf immer mehr Widerspruch bei seinen Parteifreunden. Vor allem aber wurde ihm vorgeworfen, daß er bewußt vermieden hat, für nötigen qualifizierten Nachwuchs in der Linzer SP zu sorgen.



Habringer, so wurde es immer deutlicher, habe sein Amt zu autoritär geführt, sein Verhältnis zur Demokratie sei gestört. Angesichts der Entwicklungen verzichtete Hillinger auf eine Kandidatur für eine neue Obmannschaft. Doch eine Woche vor dem Parteitag gelang ihm noch ein großer Coup. Ohne Diskussion und völlig überraschend beschloß der Landespartei Vorstand, Kontrollobmann Baumgartner aus der Partei auszuschließen. Der Parteitag selbst glänzte durch offene Worte. Die Wahl Hartls war abzusehen, die Nichtbestätigung Habringers eine angenehme Überraschung. Unter Hartl, der von Beruf Richter ist, wird die oberösterreichische SP einen Modernisierungsprozeß nachvollziehen.

Entscheidend für die weitere Entwicklung in der oberösterreichischen SP dürfte es sein, wie die Parteibasis in den Willensbildungsprozeß einbezogen werden kann. Die geschilderten Ereignisse haben sich nur auf höchster und mittlerer Funktionärsebene abgespielt. Die Basis war bisher nur unbeteiligter Zuschauer. Es ist zu erwarten, daß diese Erschütterungen, welche die Parteispitze so in Mitleidenschaft zog, sich auf die unteren Ebenen fortpflanzen wird. Ein weiteres Indiz dafür, daß die Ruhe in die SP noch nicht einzieht, ist die durch den Kontrollbericht aufgedeckte Frage der geheimen Parteienfinanzierung durch verstaatlichte und landeseigene Unternehmungen. Diese geben an parteinahe Werbegesellschaften Aufträge, die entweder teilweise oder gar nicht erfüllt werden. Von der Werbegesellschaft fließen diese Gelder dann in die Kassen der Großparteien.

Eine wesentliche Schlüsselfigur zur Klärung dieser Anschuldigungen dürfte der jetzige OKA-Direktor Karlhuber sein. Er wird in diesem Amt ab Jänner durch Josef Fridl abgelöst. Ein Journalist, der bei Karlhuber wegen der geheimen Parteienfinanzierung um ein Interview bat, erhielt als Antwort "der Herr Direktor redet erst nach seiner Pensionierung".

W. E., Linz

Demokratie à la KPÖ

Die KPÖ-Fraktion im ÖGB, Gewerkschaftlicher Linksbund, hatte jüngst eine Konferenz in der sie die fehlende Demokratie im Gewerkschaftsbund feststellte und ein Konzept zur Behebung dieses Mangels vorlegte. Die "Volksstimme" vom 29. November 1974 berichtet darüber: "Es muß auch jeder der drei (!) Fraktionen im ÖGB die Möglichkeit gegeben werden, zu allen Fragen der Gewerkschaftspolitik ihre Meinung zu sagen, bei den Funktionen im ÖGB berücksichtigt zu werden und die die Fraktion betreffenden Fragen selbst zu entscheiden."

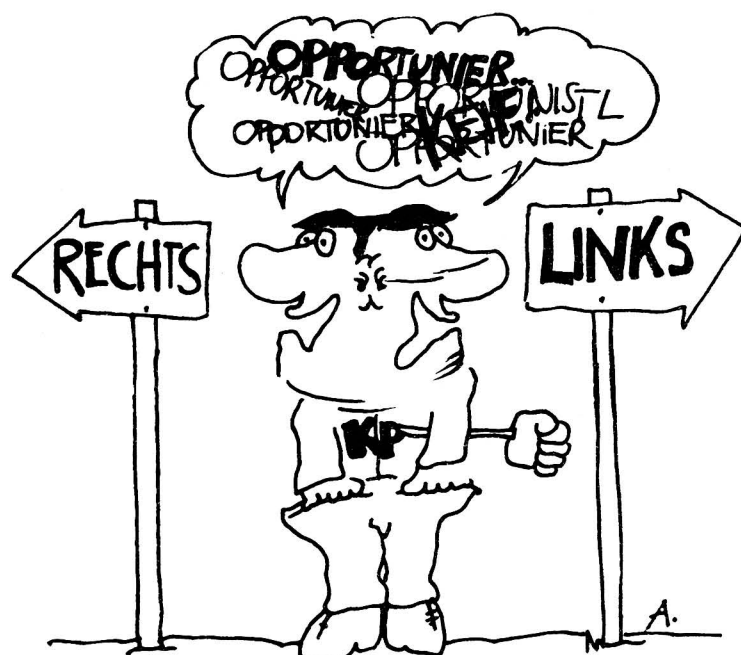
Jeder im ÖGB weiß, daß dieser nicht drei, sondern fünf Fraktionen hat. Natürlich auch die KPÖ, doch, es kann nicht sein, was nicht sein darf. Eine der Fraktionen, die von der "Volksstimme" für nicht existent erklärt wird und die eine Vertretung im Bundesvorstand und dutzende Betriebsräte hat, ist die Gewerkschaftliche Einheit. Wir sind der KPÖ deswegen nicht böse, noch dazu wo sie doch nicht maßgeblich in solchen Fragen ist.

Doch einige Feststellungen werden erlaubt sein. Dort wo die KPÖ diskriminiert wird, im TV, in den Ta-

geszeitungen, wenn von den drei (!) österreichischen Parteien die Rede ist, regt sie sich mit Recht auf. Doch wehe, wenn sie einmal wo ein Zipfel von der Macht erwischen und sei es nur die scheinbare Macht einer Tageszeitung, dann wird aus allen Rohren auf die vermeintlich Schwächeren geschossen. Der Antikommunismus der bürgerlichen Massenmedien hat sein Gegenstück im Haß der "offiziellen" KP gegen alles was links von ihr steht. Da ist keine Verleumdung zu gemein und kein Trick zu plump.

Mit Sozialismus oder Marxismus hat das alles nicht das geringste zu tun. Im Gegenteil, solche Praktiken diskriminieren den Sozialismus in der Arbeiterbewegung. Wer kann es sozialdemokratischen Arbeitern übelnehmen, wenn sie der KPÖ, im Falle einer Machtergreifung, alles Üble zutrauen. Dann wundern sich die Spitzenfunktionäre noch, wenn sie immer unglaublicher werden und von Wahl zu Wahl weniger Stimmen bekommen. Leidtragende ist die gesamte revolutionäre, sozialistische Bewegung, aber um die scheint es der KPÖ schon lange nicht mehr zu gehen.

B. H.



Ein Tag im Leben

Der Kapitalismus ist lebensgefährlich. Seine Triebfeder, sein Motor – das Profitstreben, nimmt nicht die geringste Rücksicht auf Menschen; es gefährdet deren Gesundheit und Leben.

Diese allgemeinen Formen werden von Marxisten und anderen Linken immer wieder verkündet, geschrieben und plakatiert. Binsenweisheiten für jene, die den Kapitalismus bekämpfen und leere, abstrakte Propaganda für die Masse derer, die zwar Opfer sind, es aber nicht glauben wollen. Bestenfalls werden als Gefahr erkannt: die Kriege, aber bei uns gibts ja schon lange keine mehr; der Hunger in unterentwickelten Ländern, aber die sind fern; oder vielleicht noch die Umweltvergiftung durch die Industrie, aber es wird schon nicht so arg werden.

Daß jedoch die eigene Gesundheit, ja das Leben tagtäglich ganz konkret durch die Profitgier der Unternehmer und ihrer staatlichen Helfer bedroht wird, hier in Österreich ebenso wie anderswo im Kapitalismus, wollen die wenigsten wahrhaben.

Sehen wir uns doch die Meldungen dreier Wiener Tageszeitungen an einem ganz gewöhnlichen Tag, in diesem Fall dem 15. November '74, an:

BERICHT ÜBER DIE TV-SENDUNG "HORIZONTE"

Schichtarbeit ist gesundheitsschädlich und zerstört die Familien. Magenleiden, Kreislaufstörungen, Schlaflosigkeit und Nervenerkrankungen einerseits Scheidungen und Kriminalität der Kinder andererseits, sind bei Schichtarbeitern bis zu doppelt so häufig feststellbar als bei anderen Menschen.

BERICHT ÜBER VERHANDLUNGEN VOR DEM BEZIRKSGERICHT

Die Konsumgenossenschaft verkauft seit Jahren Mayonnaise (wie jeder weiß, und im Wörterbuch nachzulesen ist: '...eine Soße aus Öl und Eigelb'). Laut Gutachten der Sachverständigen besteht die Konsummayonnaise aus: 49% Öl, 35% Wasser (!) und 0,36% Eigelb. Das bedeutet, daß rund 25 Kilogramm Mayonnaise ein einziges Ei enthalten.

Ein Beitrag zur gesunden Ernährung. Mahlzeit! Der Prozeß wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

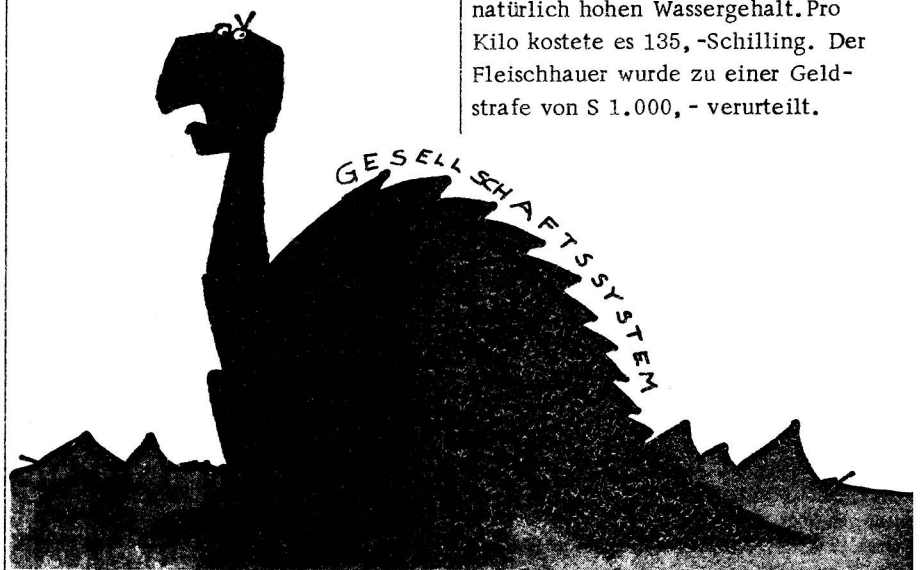
Franz Kaiser, ein Erzeuger von Tiefkühlprodukten wie Germknödel, Leberknödel, Marillenknödel (diese enthalten pro Stück eine Viertel Marille), Zwetschkenknödel und Potwiltatschkerln, stand wegen seiner Verpackung vor Gericht. Seine Produkte werden in gewöhnlichen Pappkartons ausgeliefert, ohne Einzelverpackung und ohne Luftabschluß. Ergebnis: geringe Haltbarkeit und Geschmacksverlust. Außerdem wurde bei Gericht bekannt, daß die Schachteln beim Transport öfters aufreißen, daß die Knödel schon auf der

Straße gelegen, wieder eingefüllt werden. Urteil: 7.000,- Schilling Geldstrafe. Sehr abschreckend! Oder nicht! Kaiser ist fünfzehnmal einschlägig vorbestraft.

Ein Filialleiter der Wurst- und Fleischfirma Riedmüller hatte dem Faschiereten verdorbene Wurstreste beigemischt. Urteil: 1.200,- Schilling Strafe.

Bei einem italienischen Heilwasser wurde festgestellt, daß die Heilwirkung gleich Null ist. Das Wasser ist Wasser, nicht einmal besonders gutes. Zwischen Anzeige und Verhandlung wechselte der Importeur. Die Verhandlung wurde vertagt bis der neue Importeur ausgeforscht (!) ist. In der Zwischenzeit wird das Wasser weiter verkauft. Sein Name ist "Idrea Aqua Minerale Naturale."

Eine Frau kaufte bei einem, von der Zeitung schamhaft verschwiegenen Fleischhauer ein Stück Schinken. Als sie es in den Keller legte, begann es zu leuchten und funkeln. Der Sachverständige: "Der Schinken war so verdorben, daß sich zahlreiche Leuchtbakterien bildeten." Das Fleisch wurde, um es schwerer zu machen, nach einem "Spezialrezept" gepökelt und hatte einen übernatürlich hohen Wassergehalt. Pro Kilo kostete es 135,- Schilling. Der Fleischhauer wurde zu einer Geldstrafe von S 1.000,- verurteilt.



„Was habt ihr eigentlich gegen mich?“

des Kapitalismus

71 - JÄHRIGE PFERDEPFLEGERIN VERBRANNT

Die Pension einer 71jährigen Frau war so gering, daß sie, trotz Gebrechlichkeit, aushilfsweise in der Freudenau als Pferdepflegerin arbeiten mußte. Sie wohnte im baufälligen ehemaligen Verwaltungsgebäude. Ein Ölofen wurde ihr zur Verfügung gestellt. Dieser war schadhaft. Das Haus brannte ab. Die Frau kam ums Leben. Mehrere jüngere Gastarbeiter, die ebenfalls im baufälligen Haus wohnten (wie hoch war wohl die Miete?) konnte sich mit knapper Not retten. Ihr Eigentum wurde von den Flammen vernichtet.

TANKSTELLEN VERGIFTEN TIROLER GEWÄSSER

Eine Überprüfung von 160 Tiroler Tankstellen durch die Wasserschutz- wacht hatte folgendes Ergebnis: Bei 55% der Tankstellen rinnen die Benzin- und Ölreste direkt in den Kanal oder über Sickergräben und Boden in Flüsse und Bäche. Diese Tankstellen haben keine Benzin- und Ölabscheider. 75% der Sickerschächte sind schadhaft und 75% der Abwassergruben besitzen keine Schwimmervorrichtungen, die das Abfließen von Benzin verhindern sollen. Nur 2 (!) der 160 Tankstellen verfügen über Bindemittel, um bei eventuellen Unfällen eine sofortige Verseuchung des Grundwassers zu verhindern.

Alle diese Einrichtungen würden natürlich Geld kosten; die Pächter können das in den meisten Fällen nicht aufbringen. Die großen Ölkonzerne, denen die Tankstellen gehören, sind nicht bereit, ihre riesigen Profite zu schmälern. Gesetzlich sind die notwendigen Sicherheitseinrichtungen nicht vorgeschrieben. Die Wasserschutzwacht verlangt solche Gesetze seit Jahren vergeblich.

MINISTERIUM PLANT ANTI- NIKOTIN-KAMPAGNE

Da Untersuchungen ergeben haben, daß 29% aller 16-18jährigen Österreicher und 14% der Mädchen in dieser Altersstufe regelmäßig rauchen, will das Unterrichtsministerium vor allem in den Schulen eine Anti-Nikotin-Kampagne durchführen. Beginnen soll diese im Februar, es muß nur noch das Geld dafür aufgetrieben werden! Wieviel für Werbung durch die verstaatlichten, dem Finanzminister unterstehenden Tabakwerke ausgegeben wird, wurde nicht bekanntgegeben. Auch nicht wieviel die ganzseitigen Werbeeinlagen des Verteidigungsministeriums in den Tageszeitungen kosten. Dafür wurde am gleichen Tag bekannt, daß im Heeresbudget 1975 um 4,5 Millionen Schilling weniger für die medizinische Betreuung der Soldaten vorgesehen ist, als 1974.

TYPHUS UND CHLOR

Die Typhusepidemie der letzten Wochen in der BRD, die mehrere Todesopfer forderte, hat zu Panikstimmungen geführt. Da wirksame Maßnahmen von staatlicher Seite noch immer ausstehen, haben zahlreiche Gemeinden zur Selbsthilfe gegriffen. Die Stadt Heilbronn hat den Chlorgehalt des Trinkwassers drastisch erhöht. Jetzt ist dieses praktisch ungenießbar und eine Anzahl von Zierfischen ist in den Aquarien verendet.

EISENBAHNER BEI DER ARBEIT VERUNGLÜCKT

Am Bahnhof Amstetten wurden einem 31jährigen Arbeiter von einer Verschiebegarnitur beide Füße abgetrennt. Wenige Stunden später verlor ein 21jähriger ÖBB-Bediensteter bei einem Rangierunfall in Mistelbach sein Leben.

Es gibt zwar mechanische Kupplungen, die Rangierunfälle auf ein Minimum reduzieren würden, aber nicht bei der ÖBB sondern im Ausland.

BERUFSSKRANKHEITEN NEHMEN ZU

In Bonn wurde der Unfallverhütungsbericht 1974 vorgelegt. Danach hat sich die Zahl der berufsbedingten Hauterkrankungen von 1972 auf 1973 um 10% erhöht. Die gezahlten Entschädigungen gingen allerdings um 10% zurück. Die Fälle von lärmbedingter Schwerhörigkeit und Taubheit im gleichen Zeitraum hatten sich verdreifacht (!).

Sicher, keiner dieser Fälle ist außergewöhnlich sensationell, aber gerade die Alltäglichkeit dieser Meldungen zeigt, wie wenig Bedeutung der Mensch und seine Gesundheit im Kapitalismus hat. Die Ursache aller dieser "Unfälle", "Vergehen" und "Mängel" liegt im Bemühen der Unternehmer — egal ob klein oder groß — immer mehr Profit zu machen. Koste es, was es wolle, wenn es nur nicht das eigene Geld ist.

B. H.

**Deine
Versicherungen
durch**

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14
Telefon: 62 14 302

Kommunalpolitik

Wie österreichische Zeitungen Kommunalfragen behandeln und wer dafür zuständig ist.

Aus der Zeitung der SP-Mietervereinigung "Der Mieter" Nr. 4, 1974

"Als weitere Stimme hat sich der Wirtschaftspublizist Prof. Horst Knapp zu Wort gemeldet, der es für sinnvoll fand, die Mietergesetznovelle 1974 im KURIER vom 24. Juli 1974 als 'Novellierten Mietenunsinn' zu bezeichnen. Wir haben uns interessiert, was hinter der Person eines Menschen steckt, der sich in so abfälliger und gehässiger Weise über eine Gesetzesnovelle, welche für tausende Menschen die Rettung ihres Obdaches bedeutet, äußert und haben folgendes herausgefunden: Herr Prof. Horst Knapp hat laut Grund-

bucheintragung vom 10. Dezember 1970 im Hause Wien 6, Mollardgasse 13-15 (identisch mit Turmburggasse 2), eine 3-Zimmer-Wohnung mit Nebenräumen um 49.918 Schilling erworben.

Laut Grundbucheintragung vom 25. Juni 1974 hat er diese Wohnung um 300.000 Schilling plus 50.000,- Schilling verkauft – kein schlechtes Geschäft! Darüber hinaus besitzt Herr Professor Horst Knapp noch zwei Eigentumswohnungen, eine in Wien 13, Trazerbergasse 17, und eine in Wien 19, Krottenbachstraße 58, Stie-

ge 2; letztere bietet er derzeit zur Vermietung an: 80 qm 5.000 Schilling monatlich exklusive Heizung! Und in der Sechsschimmelgasse Nr. 14 im 9. Bezirk hat er noch eine Wohnung in einem Haus, das mit Wohnhaus-Wiederaufbaufonds wieder aufgebaut wurde. Jetzt können wir die Stellungnahme des mehrfachen Wohnungseigentümers Prof. Horst Knapp zu dem Gesetz, das die Mieter schützt, verstehen!"

Auf dem zweiten VP-"Wirtschaftsgespräch" sprach Herr Prof. Knapp von den "gedungenen Tintenkulis", welche Wirtschaftsinformation "auf dem Niveau der Trottoirpresse" vermitteln. Weiters gebrauchte er häufig das Wort "geistige misera plebs". Zuverlässigen Auskünften zufolge hat Herr Prof. Knapp nicht sich selbst damit gemeint. – Übrigens ist dem Herrn Professor (diesen Titel hat er vom Bundespräsidenten!) noch ein Satz entschlüpft: "Nackt zur Schau getragene Gruppeninteressen sind obszön." Wir warnen mithin vor der Verbreitung obiger Pornografie!

Der »Tschusch« hat seine Schuldigkeit getan – der »Tschusch« kann gehen!

Mitte Dezember werden nach wie vor Erfolgsmeldungen über den Beschäftigungsstand gemeldet. Wir haben um 20.000 mehr Beschäftigte als November 1973 und 1.600 Arbeitslose weniger als damals.

Anders jedoch die Entwicklung bei den Gastarbeitern. Die Zahl der Gastarbeiter ging in diesem Zeitraum um 28.000 (von 249.000 auf 221.000) oder um mehr als 10% zurück.

Hier zeigt sich deutlich wie "man" aus der Entwicklung dreifaches Kapital schlagen kann.

Durch die Beschäftigung von Jugoslawen, Türken usw. konnten die Unternehmer große Extraprofiten erreichen, waren doch diese Arbeiter in der Regel jene, die die am schlechtesten bezahlten und dreckigsten Arbeiten machten.

Jetzt kann man sie unbesorgt auf die Straße setzen, ist man doch überzeugt, daß die österreichischen Arbeiter (was nicht für uns spricht) sich mit den "Tschuschen" nicht solidarisie-

ren werden, sondern im Gegenteil froh sind, daß es die "anderen" getroffen hat. Schließlich, und das spielt keine unwesentliche Rolle, haben es die Gastarbeiter wesentlich schwerer ihre Rechte durchzusetzen als unsereiner. Sprachschwierigkeiten, Auslaufen der Aufenthaltsgenehmigungen, Unkenntnis der Arbeitsrechte, führen in vielen Fällen dazu, daß sich die Unternehmer um die Auszahlung von Abfertigungen, um Kündigungsfristen, Urlaubsansprüche drücken und sich so viel Geld ersparen. Mitverdiener ist in vielen Fällen auch der Staat, der sich so die Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung erspart.

Für die österreichischen Arbeiter bedeutet dies dennoch eine Gefahr. Wenn sie die rücksichtslose Ausplünderung ihrer ausländischen Kollegen zulassen, so gefährden sie auch ihre Lage. Einmal auf den Geschmack gekommen werden die Unternehmer ihre Methoden auch auf die heimischen Arbeiter und Angestellten anwenden. Die Teilung der Arbeiter-

schaft hat noch immer nur dem Kapital Vorteile gebracht. Die Solidarisierung mit den ausländischen Arbeitern ist daher nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern auch Wahrnehmung der eigenen Interessen.



"Ein Türke? – Ich hatte schon Angst, es wäre einer von unseren Leuten!"

Internationalisierung – wozu ?

"Ist Belgrad – trotz der im Inhalt sachlichen... Antwort Österreichs auf die jugoslawische Note – entschlossen, ... zu internationalisieren?"

"Einen Pluspunkt kann Österreich schon jetzt ins Treffen führen – die sachliche, umfassende Antwort..."

Zu einem Kommentar von M. Scheuch in der AZ vom 5.12. d. J. muß man etwas und könnte man vieles sagen:

Vergleicht man die Aussagen von SP-Seite zur Zeit des "Ortstafelsturmes" mit der jetzigen Antwortnote Österreichs, so muß festgestellt werden, daß man mittlerweile im wesentlichen den Standpunkt des Heimatdienstes übernommen hat, der da lautet, daß die Kärntner Slowenen ohnehin völlig gleichberechtigt seien, ja mehr noch, daß die Slowenisierung Kärntens drohe! In diese Richtung weist ja auch die sicher vom KHD inspirierte Kampagne innerhalb der einzelnen gemischtsprachigen Pfarren, wo man "sich wehrt, sich dem slowenischen Diktat" zu unterwerfen.

Täglich erleben Kärntner Slowenen die Diskriminierung! Angesichts dieser Tatsache ist Österreichs Note ein Hohn. Noch klingt vielen der Ur-schrei der tobenden Meute vor der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Klagenfurt in den Ohren, gerichtet an Bundeskanzler Dr. Kreisky wie "Saujud" und anderes. Seither ist es nicht besser geworden. Im Gegenteil: Da wird einem Bürgermeister im Rosental vorgeworfen, er sei ein "Tschuschenbürgermeister", da wird einer slowenischen Gymnastin vor die Füße gespuht, da werden Slowenen zum Altentag eingeladen und es wird kein Wort slowenisch an sie gerichtet, obwohl mindestens 80% slowenisch sprechen. Und als bei der "heimattreuen" Kundgebung bei der Einweihung des Denkmals der Volksabstimmung ein ohnehin "Heimattreuer" mit slowenischem Akzent spricht, wird er öffentlich mit "Aufhören, Tschusch" heruntergeschrien. So nebenbei – bei dieser Kundgebung wurde auch eine Re-

solution für die Freilassung des SS-Majors und Kriegsverbrechers Reder beschlossen!

Da wird täglich den Slowenen gesagt: "Geht's obe zum Tito", "Red's daitsch" ("Kärntner, sprich deutsch!" – Nazilosung!) Da wird den Leuten Angst gemacht vor Jugoslawien: "Wann da Tito neama is, doun kumman se aufe!" Da legen Exilkroaten – sicherlich keine Antifaschisten – Kränze am Heldendenkmal des Zentralfriedhofes nieder, daneben der Kranz des sozialistischen Landeshauptmannes für Kärnten; aber auch beim Abwehrkämpferdenkmal an der Gurk legen ehemalige Angehörige der SS aus der BRD u. a. Kränze mit SS-Schleifen nieder. Da sagt der "heimattreue" Kärntner zu einem Buben, der im kommenden Herbst in die Schule gehen wird: "A, do wirst du a in de Partisanenschul gehn" – nur weil, ja, weil in dieser slowenischen Ortschaft eine slowenische Schule ist! Weil slowenisch = Partisan = Bandit!

Da fürchten sich deutschsprechende Kärntner, slowenische Landsleute öffentlich zu verteidigen, weil sie dann wie von einer Mafia fertiggemacht werden, da gäbe es fortschrittliche deutschsprechende Kärntner, die bereit wären, gemeinsam auf einer Liste "für eine friedliche Zu-

kunft Kärntens" zu kandidieren, wenn nicht Pressionen ausgeübt würden.

Schließlich wird der Regierung öffentlich gedroht, ja nicht zu versuchen, zweisprachige Tafeln aufzustellen! Und schließlich werden Bomben gelegt und es werden keine Täter gefunden!

Ist der Kärntner Slowene "brav", bezeichnet er sich selbst als "Windscher", d. h. er fordert nichts, redet mit Vorgesetzten nur deutsch, wenn er auch daheim nur slowenisch redet, spricht er nichts vom Artikel 7 des Österr. Staatsvertrages, abonniert er keine slowenische Zeitung, versucht er deutscher zu sein als die deutschsprechenden Österreicher, ja, dann ist er "heimattreu" und darf mittun – wie es ja auch die Nazis geduldet haben...

Das Zurückweichen von der Stimmungsmache des Kärntner Heimatdienstes, vor deutschnationalistischen Kräften, das Ignorieren der Tatsache, daß nicht nur in anderen Ländern neofaschistische Kreise aktiv werden, sondern auch bei uns in Österreich, der grenzenlose Opportunismus der SPÖ, der dahin führt, heimattienstlerischer zu werden als der KHD, zu einer Zeit, wo ÖVP, FPÖ und NDP die Südtirolfrage neu anheizen, verstärkt sich der Druck gegen die slowenischen Landsleute in Kärnten!

Er wird sich letztlich auch gegen die SPÖ auswirken. Und, was entscheidend ist: die Haltung ist zum Nachteil Österreichs!

Bei dem letzten Kärntner Bombenanschlag, und zwar auf das Büro des Kärntner Abwehrkämpferbundes und das Büro des Kärntner Heimatdienstes, bei dem Sachschaden entstand, wurde eine aufschlußreiche Beobachtung gemacht. Die Zeitung "Nas tednik", vom 14. November 1974 berichtete dazu:

"Jemand (Name und Adresse sind bekannt) hat am 7. Oktober 1974 um 16.30 Uhr beobachtet, wie in der Liechtenfeldgasse, wo sich das Büro des Heimatdienstes befindet, plötzlich ein dunkelgrüner VW-Käfer anhielt. Während der Fahrer im Auto blieb, fotografierte der jüngere Beifahrer – ca. 22 bis 25 Jahre alt – den Sitz des KHD von allen Seiten. Als er sah, daß er beobachtet wurde, sprang er ins Auto und stieg erst dann wieder aus, als er dachte, daß er nicht mehr beobachtet sei. Der Beobachter unter den Bäumen aber notierte sich die Nummer des Wagens. Sein Eigentümer ist ein Klagenfurter Kaufmann; die Auslagen seines Geschäftes sind jedes Jahr in reichlichem Maße mit 'heimattreuen' Relikten geschmückt."

Bis jetzt ist nicht bekannt ob es die Klagenfurter Polizei der Mühe wert gefunden hat, dieser Spur nachzugehen.

Britische Herrschaft in Nordirland

Zeitungsberichte über Erschießungen, Straßenkämpfe und Bombenattentate in Nordirland gehören seit fünf Jahren zu Alltäglichkeiten. Ebenso alltäglich ist es in den dominierenden Zeitungsorganen den Terror der IRA (eine bewaffnete Formation der Katholiken) in die Schuhe zu schieben oder in einem Anhauch von scheinbarer Objektivität die Schuld gleichmäßig auf die katholischen und protestantischen Extremisten zu verteilen.

Eine kurze geschichtliche Bestandsaufnahme soll die Verlogenheit solcher Darstellungen zeigen. Die Kämpfe und ihre religiöse Form sind das Ergebnis 300 Jahre langer britischer Herrschaft über Irland.

ZERSTÖRUNG DER IRISCHEN LANDWIRTSCHAFT UND INDUSTRIE

Im 17. Jh. wurde Irland von England erobert. Insbesondere in den nördlichen Teilen Irlands, in Derry und Ulster wurde die einheimische Bevölkerung von ihrem Land vertrieben oder den neuen englischen Herren untertänig gemacht. Mit der Etablierung einer herrschenden englischen Klasse in Irland wurde auch die anglikanische englische Kirche nach Irland mitgebracht. Die Protestanten erhielten bevorzugte Rechte. Das anglikanische Bekenntnis wurde zur Bedingung. Die Katholiken wurden auf die unterste Stufe der Gesellschaft herabgedrängt. Die katholische Kirche, die einzige auf nationaler Ebene gesetzlich erlaubte Einrichtung der unterdrückten Iren, wurde so immer stärker der ideologische Kristallisationspunkt ihres Widerstandes.

Das entscheidende Ziel Großbritanniens war es, so viel als möglich aus Irland herauszuholen und die Entwicklung in Irland dort zu bremsen, wo für England eine Konkurrenz erwachsen könnte. In England wurden im 17. und 18. Jh. protektionistische Gesetze gegen die Einführer aus Irland verabschiedet, was zu einem Ruin dieser Wirtschaftsbereiche in

Irland führte. Unter diesen Maßnahmen hatten ebenso die nordirischen Protestanten zu leiden. Den Iren wurde z.B. gesetzlich verboten, Wolle in Irland weiterzuverarbeiten, sie sollten zu einem Rohstofflieferanten degradiert werden. Um 1800 war Irland so herabgewirtschaftet, daß nur England alle Zollschränken öffnen konnte. Unter diesen ungleichen Handelsbedingungen verschlimmerte sich weiter die Situation Irlands. Die Vernichtung aller Ansätze einer eigenen Industrie ging einher mit der Zerstörung der Landwirtschaft. Die Engländer stellten die Besitzer der eintäglichen Landstreifen. Wir besitzen Daten aus dem "IRISH POOR LAW COMMISSION REPORT" des Jahres 1830, die das Ausmaß des Elends ersichtlich machen. Von den, von der irischen Landwirtschaft geschaffenen 36 Millionen Pfund, blieben den Bauern nur 4 Millionen Pfund. Die Bauern wurden in tiefste Armut gestoßen. 1848 starben etwa 300.000 Iren an Hunger, während im selben Jahr Tausende von Tonnen Getreide aus Irland exportiert wurden. Hunderttausende Iren emigrierten zu dieser Zeit. Die heutige Bevölkerungszahl Irlands plus Nordirlands ist geringer als die vor 150 Jahren.

Irland ist heute das industriell rückschrittlichste Gebiet Westeuropas, der Lebensstandard ist halb so hoch, wie der europäische Durchschnitt und neben Südtalien besitzt es die höchste Arbeitslosen- und Auswanderungsrate Europas. Ist das das Ergebnis des religiösen Fanatismus oder des britischen Imperialismus?

IRISCHER WIDERSTAND

Um 1770/1800 begannen sich Teile der Protestanten – trotz aller ihrer Privilegien – und Katholiken gemeinsam gegen die englische Ausbeutung zu wehren. Im Gefolge der französischen Revolution bildeten

sich in Irland republikanische Vereinigungen der Protestanten und Katholiken für den Kampf um die Unabhängigkeit Irlands. Verschiedenste Erhebungen wurden niedergeschlagen. Je mehr sich der Widerstand formierte, desto intensiver bemühte sich Großbritannien um eine "Teile-und-herrsche"-Politik. Es gelang ihm Teile der in Irland ansässigen Protestanten in Terrororganisationen zu vereinigen und sie gegen die Katholiken einzusetzen. Während des 19. Jahrhunderts gewannen gemäßigte republikanische Richtungen die Mehrheit der irischen Sitze im britischen Parlament. Ihre Hoffnungen auf dem Wege von Gesetzesanträgen eine größere Autonomie für Irland zu erreichen, wurde 1912 endgültig durch die britische Armee zerstört. Die Republikaner wurden zu militanteren Forderungen und Handlungen gezwungen. Vorerst scheiterte 1916 eine bewaffnete Erhebung. Innerhalb der Republikaner kamen radikalere Kräfte ans Ruder. Sie forderten die totale Unabhängigkeit von Großbritannien und dieses Ziel erkämpften sie mit Waffen. Sie blieben eine bürgerliche Richtung. Sie setzten ihr ganzes Augenmerk auf eine eigenständige kapitalistische Entwicklung Irlands.

1918 ging diese Richtung bei den Wahlen in Irland als überlegener Sieger hervor, sie beriefen ein eigenes irisches Parlament ein und weigerten sich nach London zum britischen Parlament zu fahren. Großbritannien antwortete darauf mit einem Krieg. Großbritannien verlor außer im Norden Irlands immer mehr die Kontrolle über das Land. Es hatte dem Guerillakrieg der irischen Bevölkerung nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. 1921 einigte man sich auf Verhandlungen. Das Ergebnis war ein folgenschwerer Kompromiß. Großbritannien behielt den Norden Irlands, während die übrigen Teile die Republik Irland wurden. Das Ziel eines einheitlichen unabhängigen

gen Irlands wurde also von den Führern der republikanischen Bewegung aufgegeben. Großbritannien verlor zwar formal sein älteste Kolonie, es behielt aber die wichtigsten Gebiete Irlands, nämlich das einzige teilweise industrialisierte Gebiet um Belfast. Es wußte, daß Irland allein nicht lebensfähig wäre, daß es kurz oder lang auf enge Wirtschaftsbeziehungen mit Großbritannien angewiesen wäre, schließlich bestand in Irland auch keine ernsthafte Gefahr einer sozialistischen Umwälzung. Tatsächlich konnte bis jetzt die ökonomische Abhängigkeit des Freistaates Irland von Großbritannien kaum gelöst werden. In den letzten zehn Jahren verstärkte sich sogar wieder die Abhängigkeit Irlands von Großbritannien.

NORDIRLAND

Die Mehrheit der Protestanten lebte im Norden des Landes. Nur dort konnte Großbritannien im Bürgerkrieg mit Hilfe bewaffneter irisch-protestantischer Gruppen ihre Herrschaft aufrecht erhalten. Der nördlichste Teil Irlands heißt Ulster. Er bestand aus neun Provinzen, nur in vier davon besaßen die Protestanten eine Mehrheit; im gesamten Ulster wäre eine republikanische Mehrheit zu erwarten gewesen. So wurden bloß sechs dieser neun Provinzen als Nordirland ein Teil Großbritanniens. Ein Drittel der Bewohner Nordirlands sind Katholiken. Wahlkreise wurden so manipuliert, daß die Katholiken weit untervertreten sind.

Die paramilitärischen Vereinigungen der Protestanten wurden legalisiert, Gesetze erlaubten Verhaftungen ohne Anklage, willkürliches Verbot von Versammlungen usw. All dies richtete sich gegen die Katholiken. In einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit und Armut ist Solidarität so und so nur schwer herzustellen. Jeder drängt zum Futtertrog, und weiß, daß für alle zusammen nicht genügend da ist. Obwohl der Lebensstandard der meisten nordirischen Protestanten weit unter dem britischen liegt, sind sie gegenüber den Katholiken noch immer bevorzugt. In katholischen Städten ist die Arbeitslosigkeit doppelt so hoch wie in protestantischen. Diese Faktoren erschweren eine Klassenverbunden-

heit unabhängig von religiösen Bindungen. Trotzdem kam es zu einheitlichen Aktionen protestantischer und katholischer Arbeiter. Die Unternehmer wurden daraufhin ermutigt gezielt Katholiken zu entlassen und an dessen Stelle Protestanten einzustellen, alles um die Barrieren weiter zu verstärken. Die Stagnation und das religiös-konservative Regime in der Republik Irland lassen auch nicht gerade die Forderung nach einem einheitlichen Irland für die protestantisch-nordirischen Lohnabhängigen anziehend wirken.

DAS DILLEMMA DES BRITISCHEN IMPERIALISMUS

Bis vor zehn Jahren war das britische Kapital viel stärker in Nordirland engagiert. Nun wurde die Republik Irland zunehmend interessanter. Die Spannungen von früher waren nicht mehr so störend, Irland benötigte ausländisches Kapital. Das internationale Kapital war mit Irland auch hochzufrieden: eine konservative Regierung, geringe Steuerlasten, hohe Arbeitslosigkeit und niedere Löhne. Der Kapital- und Warenexport Großbritanniens nach Irland nahm stark zu. Ein Drittel der Investitionen in Irland ist gegenwärtig im Eigentum von britischem Kapital. Im rein ökonomischen Sinn wurde die Grenze zwischen Nord- und Südirland als für Großbritannien unbedeutend. Großbritannien rückte in die Rolle des Vermittlers von Katholiken und Protestanten, um es sich mit keinem dieser beiden Länder zu verschern. Nur machte Großbritannien die Rechnung ohne den Wirt. Alle Fundamente Nordirlands basieren auf der Unterdrückung der Katholiken. Eine Entspannung, also gleiche Rechte der Katholiken im politischen, ökonomischen und sozialen Bereich würde das ganze Gebilde Nordirland in Frage stellen. Kann Großbritannien nicht mehr die Protestanten gegen die Katholiken ausspielen, so würde sich das bald gegen Großbritannien selbst richten. Eine Verbrüderung von protestantischen und katholischen Arbeitern kann für Großbritannien ein Explosivstoff werden. Die britischen Imperialisten befinden sich in einer Zwickmühle. Großbritannien muß sich als Gesichtswäsche für Irland für die Katholiken in Nordirland ein-

setzen. Großbritannien kann es sich aber andererseits in Nordirland mit den Protestanten nicht zu sehr anlegen, um nicht Nordirland als Ausbeutungsquelle zu verlieren. Was bleibt, sind kaum ernst zunehmende Maßnahmen der britischen Regierungen. Nur eine Maßnahme hatte Folgen: 1970 die Entsendung britischer Truppen nach Nordirland. Zunächst versuchten sie einige besonders gewalttätige Formationen der Protestanten aufzulösen und es wurden einige Reformen zugunsten der Katholiken erlassen. Obwohl alle diese Maßnahmen nur Retuschen waren und den Katholiken kaum weiterhalfen, war es dennoch reaktionären Protestanten zu viel. Die Armee wandelte schnell ihr Gesicht. Ihr Verhalten gegenüber den Katholiken machte die verbotenen Terrorgruppen vergessen.

Bis dahin war die IRA eine kleine, von den katholischen Massen isolierte bewaffnete Gruppe militanter Katholiken. Der steigende Einfluß der IRA resultierte aus den vermehrten Angriffen protestantischer Gruppen und der britischen Armee auf katholische Ghettos. Häuser wurden verbrannt, wenn IRA-Mitglieder als Bewohner dort vermutet wurden; willkürliche Verhaftungen wurden vorgenommen. Nordirland wurde das Exerzierfeld der britischen Armee zur Erprobung neuerartiger Waffen im Bürgerkrieg. Die Spirale der Gewalt begann sich nun zu drehen. Sie wurde nicht von der IRA in Gang gesetzt. Ihre Mitglieder haben weder die fürchterliche Situation der Armut geschaffen, noch haben sie 1969/70 mit den Gewaltaktionen begonnen. Der erste britische Soldat wurde 1971 von der IRA erschossen, lange nachdem Dutzende von katholischen Opfern zu beklagen waren.

Die Politik der IRA ist ein Akt der Verzweiflung. Auch wenn wir ihre terroristische Politik ablehnen, so betonen wir zuallererst die Bedingungen, die die IRA zu diesen Aktionen getrieben hat: es ist die Situation der Arbeitslosigkeit, der Armut, der ständigen Gefahr von feindlichen Übergriffen und des Nichteinhaltens aller bisherigen Versprechungen der britischen Regierung. Die Unmoral wird nicht durch die Anzahl der verursachten unschuldigen Opfer geschaffen,

aber auch in dieser Rechnung schneidet die IRA günstiger ab. Die überwiegende Mehrzahl der Opfer sind Katholiken.

Der letzte Teil eines politischen Artikels ist der eigenen Strategie vorbehalten. Außer platten Phrasen war bisher keine sozialistische Gruppe fähig ein detailliertes Programm für Irland vorzulegen. In Großbritannien laufen Kampagnen für den Rückzug der britischen Armee aus Irland, weiters sind verschiedenste Personen und Gruppen in Komitees zur Auflösung der KZ-ähnlichen Internierungslager in Nordirland tätig. Neben diesen unmittelbaren Forderungen besteht eine weite Kluft zum vereinigten, sozialistischen Irland: Wer sind die Träger des Kampfes? wer sind die Bündnispartner? wer ist der Hauptfeind? welches sind die Zwischenforderungen? usw.



"Geschicht" ausgenützt hat die britische Regierung die Attentate einer bisher unbekannten Terroristengruppe. Zum ersten verbot sie die IRA, deren offizieller Flügel schon seit längerer Zeit nur noch politische Aufklärungsarbeit leistete und für die britische Besatzungsmacht vor allem in letzter Zeit gefährlich wurde, weil sie auch gute Kontakte zu protestantischen Arbeiterorganisationen unterhalten hatte und damit erste Ansätze zur Überwindung der Klassenspaltung in Nordirland leistete. In Irland ebenso wie in Nordirland war die IRA ohnedies schon seit langem illegal. Darüberhinaus wurden noch eine Reihe von gesetzlichen Maßnahmen eingeleitet, die von einiger Bedeutung sind: So wurde etwa das Gesetz, daß nach 48 Stunden Untersuchungshaft Anklage erhoben werden muß oder die Häftlinge (im Regelfall) zu entlassen sind, aufgehoben. Die Untersuchungshaft kann nun beliebig lange dauern. Es gäbe noch einige weitere Beispiele, ihre Aufzählung würde jedoch den Rahmen sprengen.

Zum zweiten ist es der Labour-Regierung damit gelungen, sich durch ihre spektakulären Maßnahmen ins rechte "law-and-order"-Lot zu rücken und damit von einer Reihe von Schwierigkeiten abzulenken, in der sie sich heute befindet.

Internationale Nachrichten

Griechenland - Zypern

Wahlen und ...

Bei den griechischen Parlamentswahlen im November hat die Angst gesiegt. Angst vor den Panzern, die wieder in den Straßen Athens rollen könnten, Angst vor den USA, deren Kriegsschiffe noch immer im Hafen von Piräus vor Anker liegen. Angst ist ein Zeichen von Hilflosigkeit und Schwäche, politisch betrachtet ein Zeichen der Abwesenheit von Perspektive, Kampfwillen und Entschlossenheit.

Diese Angstwahlen widerspiegeln die Art und Weise der Beendigung der siebenjährigen Juntaherrschaft: sie ist nicht beseitigt worden, sie wurde – wie in einem Staffellauf – einfach abgelöst. Nicht die Massenaktion, nicht die Volkserhebung hat die Lemuren davongejagt. Sie haben sich – unter dem Zwang der Umstände, in die sie sich hineinmanövriert haben und deren Verschleppung zu einer Volkserhebung, zum Bürgerkrieg hätte führen können – "freiwillig" zurückgezogen. Sie haben ihren Abgang vorbereiten und den Nachfolger selbst bestimmen können. Der von den Obristen erkorene Erbe, Karamanlis, hat während der Wahlkampagne nichts zu sagen brauchen, es genügte, daß er kam, gesehen wurde – er mußte siegen. Denn er präsentierte sich als einzigen Garanten dafür, daß die, die er abgelöst hat, dort blieben, wo sie wieder sind – in den Kasernen. Die Hauptlosung der Wahlpropaganda der Karamanlis-Partei – nirgends gedruckt, nirgends offiziell verlautbart – war: "Karamanlis oder die Panzer!"

Karamanlis hat sich schon einmal in seiner früheren politischen Laufbahn als Ausputzer für dreckige Armeeanlagen bewährt: unter ihm wurden die Mörder Lambrakis auf freien Fuß gesetzt, die Untersuchungen niedergeschlagen. Gizikis, Chef der Junta Nr. 2, wird inzwischen zurückgetreten sein. Er und seine Freun-

de werden die Namen derer nennen, auf die die Armee gerne verzichten wird, denen der Prozeß gemacht werden soll, damit die blutigen Spuren von den Offiziersuniformen scheinbar getilgt sind. Die Junta Nr. 1, die Papadopoulos und Pattakos, werden ihre letzten Marionettendienste leisten müssen. Auf Charaktermasken kann man verzichten, sie sind austauschbar. Wer sich auch heute noch ernsthaft an dieses Ausgedinge halten möchte als Kriterium der Erneuerung, ist nicht ganz ernstzunehmen. Folterknechte, Folterherren und ähnliche Mißgeburten mögen immer wieder dingfest gemacht und bestraft werden – sie kommen wieder, mit frischen Kräften, brutaler und erbarmungsloser als zuvor, "ist der Schoß fruchtbar noch, aus dem das kroch..." (Brecht)

Woran hätte sich auch Mut entzünden sollen angesichts einer Linken, wie sie sich in Griechenland bei diesen Wahlen präsentiert hat? Eine Linke, die sich mehr zusammengestritten als wirklich vereinigt hat, die sich hinter dem Pappeschild der Einheit getreten und gebissen hat und nur dank dem neu aufgerichteten Schutzschild der bürgerlichen Legalität nicht jetzt schon gegenseitig physisch liquidiert hat – welche Perspektive, welche Moral, welche Wahrheit konnte sie bieten? ("Vereinigt" waren: die KPG/Ausland unter Florakis, die KPG/Innland unter Drakopoulos, die EDA des Iliou und Theodorakis im Entstehen begriffene Bewegung für Sozialismus. Als die stärkere Fraktion erwies sich die moskauorientierte stalinistische KPG/Ausland, gefolgt von der KPG/Innland und der EDA. Theodorakis ist dank der von der KPG/Ausland ausgegebenen Flüsterparole, nur politisch "saubere" Vorzugskandidaten anzukreuzen, im sicher scheinenden Wahlbezirk Piräus nicht gewählt worden ...)

Der junge Papandreou hat aus der Seele und dem Herzen der griechischen Jugend gesprochen – hat er die Hirne der bedachtsam und ach so furchtsam gewordenen Alten erreicht? Die Revolution ist kein Generationskonflikt. Aber wie andere europäische Länder gezeigt haben, kann er die jüngeren Schwestern der Revolution, die Rebellion und die Revolte doch befruchten. Diese mögen eines Tages erwachsen werden. Dazu ist Karamanlis vielleicht die richtige Lehre, in die jetzt alle gehen müssen. Er wird ein strenger Meister sein, streng aber ungerecht, wie sich's gehört. Er hat sich alle Vollmachten dazu ausstellen lassen und er wird sie nützen.

Der Kampf gegen die Junta von gestern, "aufgehoben" in ihrem ur-eigensten Nährboden, dem System von heute – von Karamanlis wieder in "Reinkultur" repräsentiert – fängt erst an.

chenland, am 16. Februar 1964 hatte die Zentrumsunion unter dem alten Papandreou mit 52,7 Prozent der Stimmen 173 Parlamentssitze errungen. Die Vorgängerin der "Neuen Demokratie" Karamanlis (die Nationalradikale Union) konnte damals für 35,2 Prozent der Stimmen 102 Parlamentssitze beanspruchen, die EDA (Vereinigte Demokratische Linke) kam auf 11,8 Prozent der Stimmen und 23 Mandate. Bei den am 17. November 1974 abgehaltenen Wahlen kassierte Karamanlis für 54,5 Prozent der Stimmen 221 der 300 Mandate. Zentrumsunion/Neue Kräfte erhielt 20,4 Prozent und 59 Sitze, die PASOK (Panhellenische Sozialistische Union) 13,6 Prozent und 12 Sitze, die Vereinigte Linke 9,3 Prozent und 8 Mandate). Das Mißverhältnis zwischen Stimmenanteil und Anteil an Parlamentssitzen für die jeweilige Karamanlis-Partei dokumentiert die folgende Tabelle:

Hintergrund lauernden Großmächte und die NATO verhindern kann. Mit der EOKA-B hat er einige alte und einige durch den Putsch frisch dazugekommene neue Rechnungen zu begleichen. Klerides erwies sich zuguterletzt gerade deswegen als allseits geschätzter Verhandlungspolitiker, weil er es jeder Seite recht machen wollte und damit zum Spielball der verschiedenen Interessen zu werden drohte.

Der Erfolg Makarios wird nicht zuletzt davon abhängen, wie weit es ihm gelingt, aus alten Fehlern gegenüber der türkischen Minderheit zu lernen, die nationalen Spannungen auf korrekte Weise abzubauen und eine den Interessen beider Seiten entsprechende, die Unabhängigkeit der Insel garantierende Form der Koexistenz zu schaffen; dann hätte er den Rücken frei, um äußeren Pressionen so souverän wie früher entgegenzutreten.

Jahr	Name der Karamanlis'schen Partei	Stimmenanteil	Parlamentssitze	
			Anzahl	Anteil %
1955	Hellenische Ansammlung von Marshall Papagos:	Ohne Wahl	Ernennung zum Ministerpräsidenten	
1956	Nationale Radikale Union	47,4%	165	55,0%
1958	Nationale Radikale Union	41,2%	171	57,0%
1961	Nationale Radikale Union	50,9%	176	58,7%
1974	Neue Demokratie	54,5%	221	73,7%

Das Referendum am 8. Dezember 1974 über die Staatsform des Landes hat eine eindeutige Niederlage für den exilierten König Konstantin gebracht. Damit ist eine Handvoll Parasiten, ein Haufen Berufsintriganten erster Klasse abserviert worden. Die politische Bedeutung dieser Volksentscheidung liegt aber auch darin, daß die Linke und das Zentrum (die zusammen rund 42% der Stimmen bei den Parlamentswahlen erhalten haben) mit ihrem offensiven Auftreten gegen die Wiedereinführung der konstitutionellen Monarchie ihre Basis sicherlich erweitern konnten. (Der Schlüssel für die Verteilung der Parlamentssitze ist übrigens eine parlamentarische Delikatesse: bei den letzten Parlamentswahlen in Grie-

Aber laß' ma das. Einem geschenkten Gaul... Und dieses Parlament ist nun einmal das Geschenk des "Himmels", womit wir am Ausgangspunkt unserer Überlegungen, beim griechischen Dilemma angelangt wären.

Politisch bedeutsamer war die Rückkehr des gestürzten Präsidenten Makarios nach Zypern, die sich nur einen Tag vor dem Referendum ereignet hatte. Die einhellige Ablehnung, die dieser Rückkehr seitens der türkischen Besatzer wie auch der EOKA-B entgegengebracht wurde, hat ihre guten Gründe. Makarios ist zur Zeit wahrscheinlich die einzige Persönlichkeit, die eine endgültige Teilung der Insel und damit ihren Ausverkauf an die im

Die Frage nach einer sozialistischen Perspektive steht in Zypern ebenso wenig auf der Tagesordnung wie in der Türkei und in Griechenland.

Z.P.

Türkei

Nach dem Rücktritt des türkischen Premiers Bülent Ecevit hatte sich in der Türkei im Gefolge des Zypernkonflikt trotz oder gerade wegen des militärischen Erfolges eine hartnäckige Regierungskrise abgezeichnet. Die Spekulationen der Türkei, als der treuere NATO-Bündnispartner in ihrem Konflikt mit Griechenland voll und ganz von den USA unterstützt zu werden, hat sich nicht er-

füllt. Ecevit, der als Exponent dieser Politik unmittelbar nach der erfolgreichen Intervention auf Zypern mit seinem Koalitionskabinettt zurückgetreten war, um die Macht allein zu übernehmen, wurden nun – unerwartet – von den USA fallengelassen (Sperrung der Militärhilfe, zwar gegen Fords Willen, aber mit der entsprechenden Mehrheit im amerikanischen Senat und im Repräsentantenhaus). In den Vereinigten Staaten hat man offensichtlich im überwältigenden Wahlerfolg von Karamanlis eine gute Möglichkeit zur Vertiefung des Bündnisses gesehen, die man nicht gleich wieder mit der Walroß-Diplomatie eines Kissingers verpatzen will.

Jedenfalls stürzte das Verhalten der USA gegenüber der Türkei Ecevits Ambitionen für den Augenblick. Statt des säbelrasselnden Demagogen wurde ein "neutrales", "unpolitisches" Kabinettt Sadi Irmak berufen, das sich nun nostalgisch-demagogisch auf Kemal Attatürk berief und mit Bomben und Granaten bei der Vorstellung im Parlament durchfiel (nur 11 von ca. 200 Abgeordneten schenken dem Kabinettt Irmak ihr Vertrauen, das aus einer Reihe von mittelmäßigen "unpolitischen" Technokraten und 4 Mitgliedern einer bedeutungslosen kleinbürgerlichen Partei bestand). Die Rede, die Irmak nach seiner Ablehnung vor dem Parlament hielt, entlarvte das Spektakel ziemlich deutlich. Unter dem donnernden Applaus des Parlaments verkündete er, er hätte ohnedies von vorneherein mit seiner Ablehnung gerechnet, weil es in einer parlamentarischen Demokratie nur sinnvoll wäre, Kabinette unter der Leitung der Mehrheitspartei einzuberufen, das eben wäre Ecevit gewesen.

Die nächsten "Kemalisten" stehen bereit – Gewehr bei Fuß. Das türkische Militär hat sich schon einmal – kräftigst von ihren US-amerikanischen Freunden und Ausbildnern – zum Hüter der "kemalistischen Revolution" aufgeschwungen und geputscht. Sie haben schon damals bewiesen, daß sie ein mehr amerikanisches denn türkisches Verständnis vom Kemalismus haben...

Rhodesien / Zimbabwe / Südafrika / Bantustans / Namibia

Der Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialismus in Afrika hat seine Wirkung in den Apartheid-Ländern Südafrika und Rhodesien/Zimbabwe nicht verfehlt. Die weißen Herren dieser Länder merken langsam aber sicher, daß die Zeit gegen sie arbeitet, daß sie mit ihr den Wettlauf aufnehmen müssen, wollen sie morgen nicht gewaltsam aus einer Realität gerissen werden, die sich dann im nachhinein als Illusion und Wunschtraum herausstellen könnte. Es ist bemerkenswert, daß die hektischen diplomatischen Aktivitäten, die

einem pseudounabhängigen Statut versehen, wirtschaftlich vollkommen von Weiß-Südafrika abhängig, stellen sie solange keine Änderung dar, als durch das Kontraktarbeitssystem die Erwachsenen sich neun Monate pro Jahr Hunderte Kilometer entfernt abplacken müssen für einen Hungerlohn, abgesehen davon, daß ihre familiären Verhältnisse total zerrüttet und "verwildert" sind. Folgende Tabellen illustriert die "Entwicklung" der Versorgungswirtschaft in den weißen und in den schwarzen Gebieten:

Stagnation der Grundnahrungsmittel der afrikanischen Versorgungswirtschaft:
(Vgl. mit der burischen Agrarwirtschaft)

		1947/48	1967/8
Mais (in Mio. Säcken)	weiße Gebiete	30,4	105,2
	schwarze Gebiete	3,8	3,7
Hirse (Kaffircorn) (in Mio. Säcken)	weiße Gebiete	1,8	9,5
	schwarze Gebiete	1,2	0,7
Vieh (Rinder usw.) (in Mio. Stück)	weiße Gebiete	8,8	7,5
	schwarze Gebiete	3,6	4,0

von Rhodesien/Zimbabwe unternommen werden, auf die Ermutigung durch das Regime jenes Premiers Vorster zurückgehen, der noch 1968 in aller Schlichtheit und Allgemeinverständlichkeit folgende Sätze prägte: "Es stimmt, daß die Schwarzen für uns arbeiten. Sie werden noch Generationen für uns arbeiten, abgesehen von der Tatsache, daß wir sie räumlich von uns trennen möchten... Wir brauchen sie, weil sie für uns arbeiten müssen... Auf keinen Fall werden wir ihnen politische Rechte in unserem Gebiet geben – heute nicht und in aller Zukunft nicht."

Die Bantustans sind aus jenen 264 Reservaten "herausdekretiert" worden, in welche die einheimische schwarze Bevölkerung von den burischen und britischen Eindringlingen und Aggressoren hineingepfercht worden ist. Mit

Es sind nicht nur außenpolitische Gründe, warum die weißen Kolonialherren an eine stärkere wirtschaftliche Integration mit damit einhergehenden größeren politischen Rechten für die Bantustans denken. Gerade aus dem, was Vorster weiter oben in aller Brutalität betonte, folgt, gemäß der Logik der Entwicklung der Produktivkräfte in Südafrika, daß die weitere Gewährleistung jener Funktion, die den Einheimischen zugedacht ist, auf eine höhere, auf eine qualifiziertere Stufe gehoben werden muß. Nach der Peitsche jetzt das Zuckerbrot? Bleibt abzuwarten, ob die Häuptlinge und die 16 Millionen Schwarzen Südafrikas, hauptsächlich Wanderarbeiter, darauf eingehen werden, was angesichts der Entwicklung im gesamten südlichen Afrika bezweifelt werden darf. Die Alternative wird nämlich

nicht nur in Rhodesien/Zimbabwe bereits mit ersten beachtlichen politischen Erfolgen praktiziert. Der bewaffnete nationale Befreiungskampf wird auch in Namibia von SWAPO (South West African Peoples Organization) immer entschiedener vorangetrieben (Südafrika weigert sich sein laut Vertrag beendetes Mandat in Namibia zurückzulegen). In Rhodesien ist er zu einem ernststen Problem für das Ian-Smith-Regime geworden. Die Schwächen dieses noch jungen nationalen Befreiungskampfes lagen vor allem in der Rivalität und Spaltung der verschiedenen am Kampf beteiligten Gruppierungen. Nun haben sich Anfang Dezember 1974 die drei wichtigsten Untergrundorganisationen bei einem Treffen in Lusaka, der Hauptstadt Sambias und in Anwesenheit des sambesischen Präsidenten Kaunda bereiterklärt, je drei Mitglieder in den Exekutivrat des in

Rhodesien legal arbeitenden ANC (African National Congress) von Bischof Abel Muzorewa zu entsenden. Es sind dies: die ZAPU (Zimbabwe African Peoples Union) unter der Führung von Joshua Nkomo, die Frolizi (Front for the Liberation of Zimbabwe) von James Robert Chikerema und die ZANU (Zimbabwe African National Union) von Ndabaningi Sithole.

In einer gemeinsamen Erklärung wurde die "Unweigerlichkeit der Fortsetzung des bewaffneten und aller anderen Formen des Kampfes" hervorgehoben.

Die Reaktionen aus Salisbury sind nicht ausgeblieben: der Vorschlag eines Waffenstillstands gekoppelt mit der Geste, alle politischen Gefangenen freizulassen, soll den baldigen Beginn eines Verfassungskongresses unter Beteiligung der schwarzen Bevölkerung einleiten.

berichtet beispielsweise der 'Ethiopian Herald': die Prinzessin Tenage Work, die Tochter des Negus, der man nachsagte, sie habe vormittags, Premier Habte Wolt nachmittags regiert, hat allein 100.000 Hektar Land im fruchtbaren Awash-Tal durch Buschfälschungen auf einen Landstreifen von 120 Kilometer Länge und 25 Kilometer Breite vergrößert. Die dort traditionsgemäß mit ihrem Vieh durchziehenden Nomaden mußten fortan eine "Gras-Steuer" bezahlen. Bevor dann Landvermesser auf Proteste der Bevölkerung hin den Bodenbesitz neu abstecken konnten, hatte die Prinzessin einen Großteil des Bodens an ausländische Landspekulanten verkauft. Wie im Mittelalter besaßen Mitglieder der Kaiserfamilie ganze Dörfer, die Bauern waren Leibeigene. In diesem System der Elitewirtschaft, schreibt die Zeitung 'Addis Soir', verwundert es kaum, daß niemand von der Hofelite Steuer zahlte. Selbst der Patriarch der äthiopisch-orthodoxen Kirche, Abune Tewofos, mußte erst vom Koordinationskomitee der Streitkräfte aufgefordert werden, eine Steuerschuld von 494.114 Dollar zu begleichen. Der Kaiser schreiben die Zeitungen, hat durch die Haile-Selassie-Stiftung, die St. Georg-Brauerei sowie die Anbassa-Transportgesellschaft Unsummen erschwindelt. Der Sekretär des äthiopischen Roten Kreuzes und der Direktor für Entwicklungsprogramme haben sich der Millionenbetrügereien schuldig gemacht.

Ethiopia Tikgem!

(Äthiopien zuerst!)

Die Hinrichtung einiger Offiziere und Agenten der geflohenen Regierung in Versaille durch die Pariser Kommune hat einen moralischen Entsetzensschrei der guten Gesellschaft in allen Ländern Europas zufolge. Als die Versailler Soldateska noch Tage nach dem Fall der Kommune Massaker an Verwundeten, Frauen und Kindern vornahm (die erst eingestellt wurden, als aus den Massengräbern die Pest hervorzukriechen drohte), feierte die feine Gesellschaft ihre Errettung in rauschenden Festen.

Die Hinrichtung der Zarenfamilie, Symbol des feudalistischen Rußland, schien die Welt moralisch mehr zu

erschüttern als die Tatsache des Sieges der ersten proletarischen Revolution.

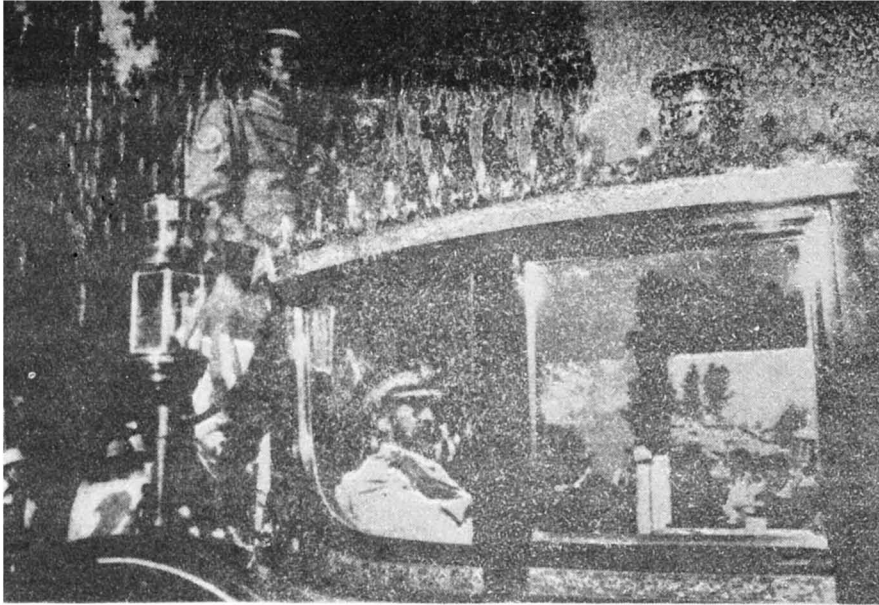
Die unbeschreibliche Lage der Muschiks, das Schicksal der "Toten Seelen" war immer schon eine Selbstverständlichkeit.

Eine solche Selbstverständlichkeit war der Hungertod von hunderttausenden leibeigenen Bauern in den Dürregebieten Äthiopiens bis vor kurzem. Über das Treiben jener feinen Gesellschaft, deren prominentester Teil in der Nähe Addis Abebas in der letzten Novemberwoche auf den Befehl des neuen Militärrates erschossen wurde,

Vielleicht haben die nächtlichen Schüsse auf dieses Gelichter beim abgesetzten Kaiser selbst die Einsicht geweckt, daß die Schweizer Guthaben, die sich auf über 10 Milliarden DM belaufen sollen, doch nicht ihm und seiner Familie, sondern dem äthiopischen Volk gehören.

Denn soll die neue Losung "Ethiopia Tikgem" (Äthiopien zuerst) kein

Internationale Nachrichten



Kaiser Haile Selassie

leerer Spruch bleiben, muß das Land Reformen unterworfen werden, deren Summe und Konsequenzen wie die kemalistischen Reformen in der Türkei einer Revolution gleichkämen. Um aber die ersten konstruktiven Schritte zu setzen, braucht das Land Geld, aber auch Männer, die eine komplette kaiserliche Verwaltungsgarnitur ersetzen können, ohne deren Ämter und Würden einfach zu "übernehmen".

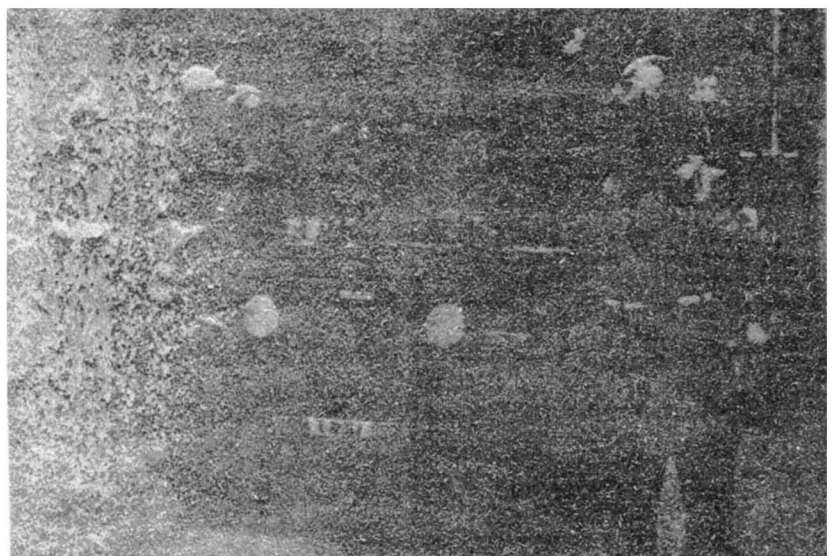
Die Rede des neuen Regierungschefs General Banti - sein Vorgänger, General Andom scheint sich persönlich der zweiten Welle der Radikalisierung im Inneren des DERG (Koordinationskomitee der Streitkräfte) entgegengestellt zu haben und dabei auf tragische Weise umgekommen zu sein - ist offensichtlich bemüht, der durch die Absetzung des Kaisers unumkehrbar gewordenen Entwicklung zu folgen und die Schwierigkeiten innen- und außenpolitischer Natur realistisch ins Auge zu fassen.

Er dankte unter anderem dem Kampf der Studenten, der Lehrer und anderer fortschrittlicher Kräfte, was auf eine Änderung der bisherigen Einstellung des Militärrats gegenüber der teils durch dessen Initiative ausgelöst,

teils diese Initiative neu entfachten Bewegungen der Intelligenz und der Gewerkschaften im Land hindeutet. Der Militärrat braucht Verbündete, braucht alle fortschrittlichen Kräfte, um den ungeheuren Aufgaben gerecht werden zu können, deren Lösung sie im Interesse des äthiopischen Volkes versprochen hat. Dieses Volk ist aber nicht nur nach Klassen, sondern auch durch religiöse und nationale Schranken getrennt. Wichtigstes und wohl brennendstes Problem ist die nördliche Provinz Eritrea, in der seit Jahren ein Guerilla-Kampf mit

der Zielsetzung der Sezession dieser Provinz vom übrigen Land geführt wird. Wenn sich hier keine politische Lösung findet, könnte bald eine Situation entstehen wie seinerzeit in Biafra. Nicht nur hier scheinen die USA ihre Hand im Spiel zu haben. Sie haben einen für die Überwachung der Situation im Nahen Osten äußerst wichtigen militärischen Stützpunkt (Cagnew) im Land und ihre "Berater" in der Armee, die sie mit ihren Waffen und nach ihren Vorstellungen aufgebaut haben. Auch die Israeli haben ihre Leute auf zwei Inseln vor Massau stehen, die dort bis jetzt Anti-Guerilla-Kommandos ausgebildet haben. Außerdem besitzen sie dort Baumwoll-Plantagen und Textilfabriken. Äthiopien wird sich aber um ein freundschaftliches Verhältnis zu den arabischen Ländern bemühen wollen.

Ein bedeutender Erfolg für den Militärrat ist die Vereidigung der ersten 207 Mitglieder der Streitkräfte und der Polizei, die an einem Seminar für organisatorische Fragen teilgenommen haben und nun den verschiedenen Ministerien, staatlichen Unternehmungen und dem administrativen Apparat der dreizehn Provinzen zugeteilt werden sollen, "um zur Einleitung der reformerischen Erneuerungen beizutragen".



Truppen vor dem Kaiserpalast in Addis Ababa:

USA

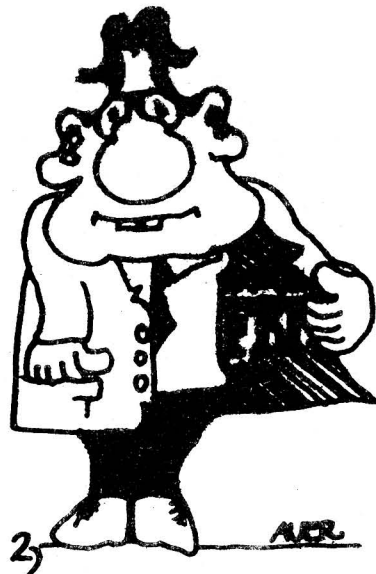
"Beunruhigende und unerhörte Methoden" hat sich der FBI im Kampf gegen linke Gruppen und Parteien in den USA bedient. Dies geht aus einem Bericht des Justizministeriums hervor, der in Kürze veröffentlicht werden soll. Unter anderem haben FBI-Beamte Ausweise gefälscht, Steuererklärungen von überwachten Personen beschafft, Einzelheiten über das Liebesleben führender Persönlichkeiten der fraglichen Gruppen ausgekundschaftet und der Presse übermittelt, mehrere Mitglieder ihren Verbänden gegenüber fälschlich als FBI-Informanten denunziert. Ferner gründete der FBI Scheinorganisationen, die mit den Überwachten sympathisieren sollten und informierten die Nachrichtenmedien über "Peinliche Fakten aus dem Privatleben" von Leuten, die im Staatsdienst angestellt werden sollten.

Diese Mafia-Methoden waren Teil eines "Cintelpro" genannten Plans des Ex-FBI-Direktors Hoover und richteten sich gegen die Organisationen der studentischen Linken, der Neger, gegen die Kommunisten und die

"Socialist Workers Party". Es gibt Behauptungen, denen zufolge die geringe Stärke dieser Partei vor allem darauf beruht, daß sie von Spitzeln unterwandert ist; in den letzten Jahren ist auch die Rolle bekannt geworden, die FBI-Agenten in der "Black Panther Party" spielten, wobei sie in diesem Fall die Sache ganz einfach mit der physischen Liquidation der gesamten Führungsschicht dieser Par-

tei erledigten. Innerhalb von wenigen Monaten wurden alle führenden Köpfe dieser Negerorganisation Opfer mysteriöser Überfälle, Unfälle, etc.

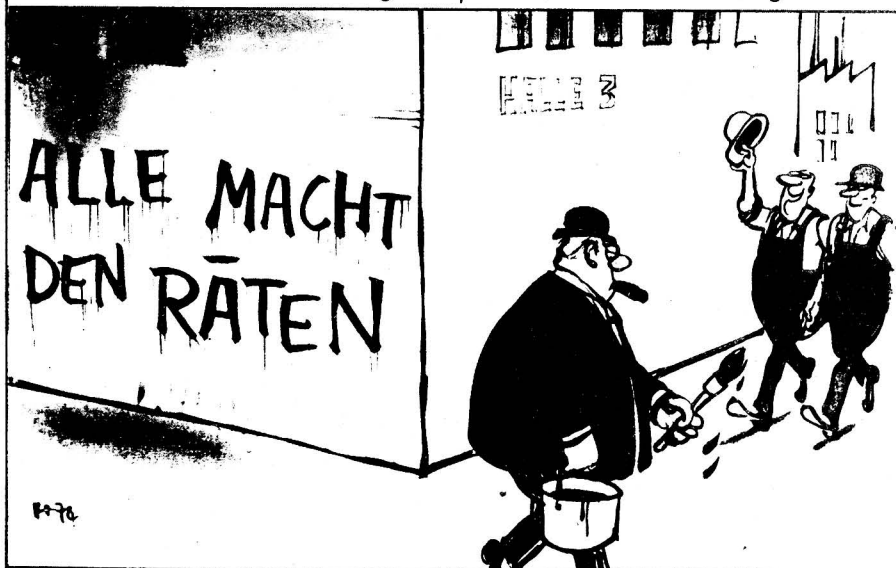
Merke: Wenn's hart auf hart geht, läßt der bürgerliche Staat sein "Rechtsstaat"-Mäntelchen fallen und zeigt sich ganz offen als das, was er ist: ein Staat der Gewalt und des Unrechts.



"Ich kann mich mit dem Marxismus nur auseinandersetzen, wenn ich ihn kenne." So begründete ein Manager

von Honeywell Bull seine Teilnahme an einem Kapitalisten-Seminar über die kapitale Unterschätzung der

Marx'schen "Kapital"-Lehren. 50 Bosse bundesdeutscher Firmen liessen sich jetzt Nachhilfe-Unterricht geben, um ihre demagogische "Gegenaufklärung" besser zu fundieren. Hochbezahlter Nachhilfe-Lehrer war kein geringerer als Professor Ernest Mandel, Generalsekretär der IV. trotzkistischen Internationale. Da Mandel noch immer mit einem Einreiseverbot für die Bundesrepublik und Westberlin belegt ist, mußten sich der Professor aus Brüssel und seine westdeutschen Unternehmer-Studiosi auf halben Weg entgegenkommen: Das Seminar fand in Luxemburgs "Grand Hotel Kons" statt. Sein Publikum fand ihn "charmant". "Er verfügt über alle Attribute eines vertrauenswürdigen Menschen", bescheinigte ihm die ideologische "Trainingsspezialistin" von Ford, Dr. Helga Herrmann verzückt.



„Morgen, Herr Kommerzienrat, wie war's denn im Marxismus-Kurs?“

Drei Ursachen und eine Ur-Sache für einen neuen Nahostkrieg

Eine neuerliche bewaffnete Auseinandersetzung im Nahen Osten scheint unmittelbar bevorzustehen. Die Voraussetzungen sind gegeben, die Bedingungen erfüllt. Beide Seiten – die arabische und die israelische – haben ihre Verluste ergänzt, und verfügen über größere Mengen und modernere Typen von Waffen als zuvor.

Eine der unmittelbaren Ursachen ist die aufs äußerste gespannte innenpolitische Lage in Israel, die im Zeichen einer akuten Verschlechterung der wirtschaftlichen Entwicklung steht. Drastische Preis- und Steuererhöhungen, eine hohe Inflationsrate und eine massive Abwertung des israelischen Pfund lassen die Klassengegensätze wieder deutlicher hervortreten. Dadurch wird die von den reaktionären Kräften des In- und Auslandes mit allen Mitteln geförderte Psychose des permanenten Belagerungszustandes in Frage gestellt, welche die Grundlage für die quer über alle Klassen gehende Solidarität gegenüber dem Außenfeind war und ist.

Die zweite aktuelle Ursache ist, daß arabisches Öl nicht nur in klingende Münze und in blitzende Waffen, es wird auch immer konsequenter in politische und diplomatische Erfolge umgemünzt. Die UNO-Debatte über Palästina, welche vom triumphalen Auftritt Arafats gekrönt wurde, hat die weltweite Isolierung Israels dramatischer denn je dokumentiert. Denn innerhalb des nach wie vor gespaltenen und äußerst widersprüchlichen arabischen Lagers wurde durch geschickte Vermittlungspolitik Anstößiges ausgeräumt: Israels Hoffnungen, die Palästinenser einerseits und Ägypten und Syrien andererseits durch den jordanischen König Hussein gegeneinander auszuspielen, müssen begraben werden. Auf der arabischen Gipfelkonferenz in Rabat Ende Oktober dieses Jahres wurde die PLO, die Dachorganisation der wichtigsten palästinensischen Befreiungsorganisationen unter der Führung Arafats

als einzige rechtmäßige Vertreterin aller Palästinenser anerkannt. Die parallel dazu laufende Vorbereitung der Bildung einer palästinensischen Exilregierung und der Gründung eines Palästina-Teilstaates hat die perspektivlose und für die zionistische Propaganda willkommene Haltung des "Alles oder Nichts" durch eine wirksame politische Strategie abgelöst. Der Austritt der PFLP (Volkfront zur Befreiung Palästinas) des Dr. George Habbasch ("Erfinder" der Flugzeugentführungen und Geiselnahmen) aus der PLO hat diese nur noch mehr aufwertet. Auch wenn die PLO bzw. die Vertreter einer palästinensischen Exilregierung aus taktischen Gründen zunächst bei der Genfer Nahost-Friedenskonferenz nicht unmittelbar in Erscheinung treten würden, könnte sich Israel auf die Dauer nicht weigern, sich mit ihnen an den Verhandlungstisch zu setzen. Dies jedoch würde den zentralen Pfeiler der israelischen Palästina-Politik einstürzen lassen: für Israel existiert bekanntlich gar kein Palästina-Problem, höchstens in der negativen Form des Terrorismus. Mit Terroristen jedoch verhandelt man nicht, die erschießt man.

Die dritte immer dringlichere Ursache, durch die Israel unter ständigem Druck gesetzt wird, betrifft die besetzten Gebiete. Das neue israelische Kabinett Rabin hat diesbezüglich keine Anzeichen einer ernsthaften Konzeption erkennen lassen. Es setzt die alte Politik der taktischen Winkelzüge unter Golda Meir fort, ohne das Talent dazu zu haben. Die Amerikaner versuchen durch ihren Wunderknaben Kissinger auf der arabischen Seite die Tricks – gefällig verpackt mit Dollarhilfen oder nachdrücklich empfohlen durch Drohungen – loszuwerden. Bisher hat dabei wenig herausgeschaut. Im Gegenteil gelingt es der arabischen Seite, die

se Frage immer zielbewußter einzusetzen und auch damit Israel das Gesetz des Handelns aufzuzwingen. Handelt Israel diplomatisch, muß es Rückzugsgefechte liefern. Die Alternative wären wiederum kriegerische Handlungen.

Das sind drei der aktuellen Ursachen dafür, daß im Nahen Osten in absehbarer Zeit wieder Krieg geführt werden könnte. Die eigentliche Ursache, die zionistische Politik der Gründer und Erbauer des Staates Israel, ist früher schon an anderer Stelle genauer erörtert worden. Hier wird nur deshalb noch einmal daran erinnert, weil m. E. in dieser wahren Ursache der Konflikte und Kriege im Nahen Osten auch der Ursprung einer echten Friedenschance liegt: die Umkehrung der Dinge, was einen Verzicht auf die Beute der vier Nahostkriege und eine Wiedergutmachung des an den Palästinensern verübten Unrechts bedeuten würde.

Denn der Teufelskreis, den Israel mit der zionistischen Konzeption um sich gezogen hat, kann durch militärische Handlungen weniger denn je durchbrochen werden, er kann auch durch Siege und neuerliche Annexionen nicht mehr gelockert werden.

Der französische Außenminister bemerkte anläßlich seines Besuches in Israel – er hatte vorher das Sakrileg begangen, mit Arafat höchstpersönlich zu verhandeln – auf die Beteuerung seiner Gastgeber, Israel könne es sich nicht leisten, einen Krieg zu verlieren: "...und wieviel Siege kann sich Israel noch leisten?" Ergänzend dazu könnte man noch fragen: Wieviel Nahost-Kriege kann sich die Welt noch leisten?

Zsolt Patka

Ölzweig contra Öltanks

'Die Trennungslinie geht durch das Herz und das Hirn des einzelnen'.
(Satre)

Geht heute die Trennungslinie durch die Benzin- und die Öltanks der einzelnen?

Israel ist nicht nur ein Staat gottes-herrschaftlicher Bestimmung und un-bedingter Einverleibung neuer Ge-biete, es ist auch ein Staat, wo drei Millionen Menschen leben, die nicht Gefahr laufen wollen, diskriminiert und eliminiert zu werden.

Vor der UNO forderte Arafat die Auf-lösung des UNO-Mitgliedsstaates Is-rael und ertote tosenden Beifall. Seine Rede schloß mit den Worten: "Er sei mit einem Ölzweig und der Pistole des Freiheitskämpfers gekom-men." Der Frieden, den Arafat anbot, läßt sich nur durch die Vernichtung des heutigen jüdischen Nationalstaa-tes verwirklichen. Aber dies bedeu-tet nichts anderes als die Aufhebung der UNO-Resolution aus dem Jahre 1947, nach der Palästina geteilt, und der Staat Israel gegründet wurde (den die Sowjetunion als einen der ersten Staaten anerkannte). Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß die legitimen Rechte der Palästinenser anerkannt werden müssen. Ob aber die Auflösung des heutigen is-raelischen Staates ein Weg ist, der auch realisierbar wäre, ist zu bezweifeln. Die Formel mancher Gruppen der palästinensischen Araber von einem demokratischen Staat, in dem Juden, Christen und Mohammedaner zusam-menleben, ignoriert die Tatsache, daß Israel nicht nur ein koloniales, sondern auch ein nationales Phäno-men ist. Der Vorschlag, welcher auch innerhalb der Organisationen der palästinensischen Araber disku-tiert wird: Die Schaffung eines Staa-tes der palästinensischen Araber, der Cisjordanien und den Gaza-Streifen umfassen soll, müßte auch für Israel annehmbar sein.

Arafat hat richtig erkannt, daß die Interessen der meisten UNO-Staaten um die Benzin- und Öltanks gehen.

Als Beweis gilt sein durchschlagender Erfolg bei der UNO. Doch die Ge-gensätze zwischen Palästinensern und Juden können nicht mit Öl aus-geglichen werden, hier hilft nur eine politische Lösung, in der beider Interessen als gleichberechtigte Fak-toren berücksichtigt werden müssen. Das Bestehen des israelischen Staates seit 26 Jahren ist ein Faktum, das auch Arafat nicht übersehen sollte, genauso wie die herrschenden Kreise in Israel lernen müssen, die PLO als Faktum anzuerkennen.

Israels Premier Rabin meint, das Pa-lästina-Problem könne nur im Rah-men des Palästina von 1918 gelöst werden, welches das heutige Jorda-nien und Israel umfaßt. Der einzig wirkliche Ausweg bleibt das Beste-hen zweier Staaten, nämlich des jüdischen Staates Israel und des jor-danisch-palästinensischen Staates (laut 'Spiegel'-Gespräch v. 4.11.74). So muß man Rabin zur Kenntnis brin-gen, das 56 Jahre eine genauso wich-tige Tatsache sind, wie 26.

Daß ein fünfter Nahostkrieg keine Lösung der Probleme bringen würde, sollte den zionistischen Kreisen in Israel klar sein. Arabische Wünsche oder Beschlüsse zu ignorieren, kann sich im Jahre 1974 niemand leisten, nicht einmal die Großmacht Amerika und erst recht nicht die ölhungrigen Staaten Westeuropas.

Die ersten entscheidenden Schritte zu einer Entspannung müßten zwei-felsohne von Israel kommen. Denn auf Zeit gesehen wird die morali-sche und finanzielle Hilfe seiner Freunde nicht einmal mehr verbal bestehen. Der letzte Nahostkrieg hat auch die diplomatische Isolierung Israels beschleunigt, auf der Konfe-renz der blockfreien Staaten verur-teilten 60 Staaten die Nichteinhal-tung der UNO-Resolution über die Räumung der besetzten Gebiete, da-von zwölf afrikanische Staaten, da-runter auch manche, in die Israel nicht wenig investiert hatte.

Solange die israelische Regierung eine Politik der Einverleibung der be-setzten Gebiete betreibt, kann kaum von ernstzunehmendem Verhandlungs-willen gesprochen werden. Tatsache ist, daß keines der Regierungsmitglie-der daran denkt, auf Annexion zu verzichten. Einerseits werden Tat-sachen geschaffen durch die Errich-tung ziviler und militärischer Sied-lungen, andererseits durch Maßnah-men zur ökonomischen Integration der besetzten Gebiete.

Die Sicherheit Israels kann nicht in einer Besatzungspolitik liegen, die immer wieder die Gefahr neuer Krie-ge in sich trägt. Solange der Zionis-mus in Israel den Ton angibt, wird es ein Konzert der Kanonen und Bomben sein.

Sepp Goldberg

Bestellkarte

ICH ABONNIERE "OFFENSIV LINKS" FÜR EIN JAHR

NAME

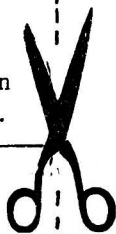
ADRESSE

PREIS: INLAND S 50,--

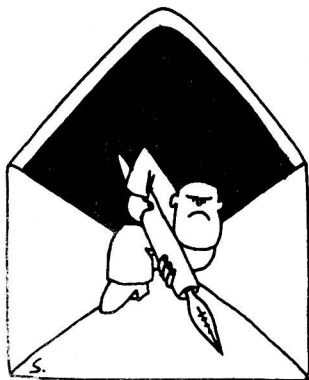
AUSLAND S 50,-- UND PORTO

BITTE AUSSCHNEIDEN UND AN

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 SCHICKEN.



Leserbriefe ... Leserbriefe ... Leserbriefe



Zu "Sie alle wählen SPÖ"

In der Nr. 8 "OL" über die Wahlen wird dargestellt, daß auf Grund der Entwicklungsläufe der kapitalistischen Konzentration die Kleinbauern verschwinden, oder sie halbieren sich in Fabriksarbeiter oder selbstausgebeutete Landarbeiter sollte es wohl heißen und sind zur anderen Hälfte Bauern, also Nebenerwerbsbauern.

Was mich stört ist der Nachsatz "Sie alle wählen SPÖ".

In Nr. 7 von "OL" werden die Kleinbauern als "offen für faschistische Einflüsse" dargestellt. Daß beides nicht so eindeutig dargebracht werden kann, muß die Schlußfolgerung sein. Dieses Schablonendenken hatten wir doch schon abgelegt, oder? Durch solche "Eindeutigkeiten" werden die ansonsten interessanten Artikel abgewertet.

Die Untersuchungen der Meinungsforscher haben eine stärker werdende Präsenz der SPÖ in den Dörfern ergeben. Die Nebenerwerbsbauern werden durch ihre neue Tätigkeit hellhöriger und flexibler. Und es kommt ganz darauf an wie es die SPÖ und ihre Betriebsfunktionäre verstehen diese Menschen anzupacken. Z.B. bei der Eisenbahn sind aus diesen Menschen oft die treuesten SPÖ Anhänger geworden. Sie tragen stolz die Uniform wenn sie zur Arbeit fahren und setzen sich damit auch optisch von den Nur-Bauern ab. Für sie ist die Landwirtschaft keine echte Existenzfrage mehr (sofern am Arbeitsmarkt genügend Plätze vorhanden sind).

Es ist teilweise eine Weltanschauung ein paar Kühe, Schwäne und damit verbundene Geräte zu haben (im erweiterten Sinne eine Art Hobby).

Die Frau braucht nicht zur Arbeit zu gehen, ist zu Hause bei den Kindern, und der Mann leistet Zusätzliches auf dem Hof. Viele Arbeiter machen Überstunden oder pfuschen. Der Nebenerwerbslandwirt leistet diese Mehrarbeit eben zu Hause. Daß er ein Gefangener ist wird ihm nicht oder noch nicht bewußt, solange ihn diese Art Freizeitbeschäftigung ausfüllt.

Reihe ROMANE
REPORTAGEN
Autobiographien

Trikont

8 München 80
Josephsburgstr. 16

Bitte Prospekt anfordern!

Mein Volk soll leben
Feila Khened



In dieser Reihe erscheinen:
- Sabat, Stadtguerilla in Spanien
- Die Wenden vom Freitanz, Kampf der Indianer vom Beginn der Kolonisierung bis Wounded Knee '73
- Louis Adamic, DYNAMIT, Klassenkampf in USA (1880-1930)

Die Bankräuber aus der Barriera

Die Lebensgeschichte des Revolutionärs Santa Marcial von ihm selbst aufgeschrieben.



Übersetzung von P. Chetwicz

FrauenOFFENSIVE



LIEDER VON FRAUEN
„ernsthaft...ironisch...heiter...
saturnischvoll...kämpferisch...
„Von heute an gibt's mein Programm!“
von Frauengruppen aus München, Frankfurt, Darmstadt
LP 33/30 Best.Nr. US3/LP 35
DM 18.-

... Leserbriefe ...

Jüngere Nebenerwerbsbauern orientieren sich auf weniger arbeitsaufwendige Gebiete wie z.B. Schafzucht, Jungtierhaltung und sind auch flexibler was gemeinschaftliche Anschaffung von Maschinen betrifft.

Um wieder auf die Wahlen zu kommen. Ist es doch tragisch für die Arbeiterbewegung wenn sich in den Städten die Arbeitenden, mehr jedenfalls als früher, der ÖVP zuwenden. Manche aus Unkenntnis der Struktur dieser Partei, auf Grund der radikalen Forderungen des ÖAAB, andere sind durch Negative der Linken enttäuscht und üben Protest indem sie rechts wählen. Also "Gleichheit der materiellen Bedürfnisse" sagt nicht alles aus. Linke müssen mehr denn je aufpassen, sich in Klischeevorstellungen zu verlieren.

Anton Sticht

* * *

aspekte

NUMMER 2

THESEN
ZUR
HOCHSCHULPOLITIK

DER
föj-BEWEGUNG
FÜR SOZIALISMUS

voraussichtlich
märz 1975

bewegung für sozialismus-föj

die "aspekte" erscheinen wieder!!!
4-5 mal im Jahr
in unregelmäßigen Abständen
für die Diskussion
offener Probleme

beiträge
zur theorie
und strategie
der linken

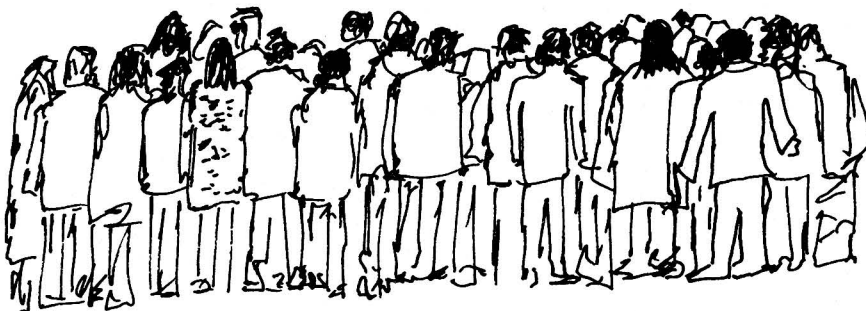
Redaktion: Porzellangasse 33a
1090 Wien Tel. 34 67 145
Vertrieb: Belvederegasse 10
1040 Wien Tel. 65 19 52

Solidarität macht stark, oder der einheitliche Kampf der Studentenmassen gegen den bürgerlichen Staat



KOLLEGEN, AUFGEPASST!!!!
HIER IST DIE PLATTFORM, AUF
DIE IHR EUCH ALLE STELLEN
MÜSST!!!!!!!!!!!!!!

WIRKLICH??????



NANU????



Nach dem Zusammenbruch der Kampagne gegen den Numerus Clausus für Ausländer, der – eher zufällig – zu einem Teilerfolg führte (50 Personen wurden aufgenommen), begann sich auf Initiative der MLS der Kampf gegen die Studienverschärfungen zu vereinheitlichen.

Zu den Studienverschärfungen:

1. Werden diese (starke Erhöhung der Pflichtstundenanzahl, Einführung von permanenten Zwischenprüfungen zur Selektion, Einführung der Diplomstudienordnung, Einführung von Fristen, innerhalb derer bestimmte Studienabschnitte absolviert werden müssen, strenge Vorgabe des Studienganges) schrittweise und an den verschiedenen Instituten ungleichzeitig eingeführt, was ein einheitliches Vorgehen der betroffenen Studenten erheblich erschwert.

2. Entsprechen bestimmte Elemente der Studienreform dem ständischen und reaktionären Interesse eines Teils der Studenten (Studienrichtungsvertreter Medizin treten für Numerus Clausus ein, und auch auf anderen Instituten werden Straffung und Vorgabe des Studienganges nicht einheitlich als negativ eingeschätzt.)

Die Erfahrungen haben dennoch gezeigt, daß dort, wo die Verschärfungen unmittelbar und hart eingeführt wurden, eine Mobilisierung der Studenten dagegen die Folge war. So an den naturwissenschaftlichen Instituten, wo die Studenten fast einheitlich gegen die Einführung der Diplomstudienordnung streikten, oder am soziologischen Institut, wo das Ministerium den Studenten bei weiterer Ablehnung des Studienplanes das Recht auf Absolvierung des Studiums verwehrte.

Diese kurzfristige Mobilisierung als Ausdruck der unmittelbaren Empörung der betroffenen Studenten war für die Linke bereits Gelegenheit genug, um den Kampf um die richtige Linie, um den korrekten Forderungskatalog in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zu stellen. Dies und die Tatsache, daß jahrelang von den linken Studentengruppen gegen die "Ausbildung im Dienste des Kapi-

1020 Wien, Odeongasse 1

(Ecke Große Mohrengasse)

Montag, Freitag und

Samstag ab 19 Uhr

geöffnet

KLUB LINKS

tals" und "den bürgerlichen Staat" agitiert wurde, ohne diese Phrasen inhaltlich zu vermitteln, führte zu traurigen Ergebnissen:

Der zweite Streik bei Mathematikern und Physikern wurde nur teilweise eingehalten, bei den Soziologen blieben zwar die Studenten den Vorlesungen fern, ebenso fern aber waren sie den Streik- und Diskussionsveranstaltungen der Linken.

Damit nicht genug. Jetzt war die Gelegenheit gekommen, den Kampf der Studentenmassen zu vereinheitlichen, ihm eine einheitliche Stoßrichtung zu geben. Dazu wurde eine Hörervollversammlung einberufen, bei der als Ausdruck der Vereinheitlichung, statt zehn MLS-lern nun hundert und statt fünf KSV-lern nun fünfzig anwesend waren. Dies war das geeignete Forum, um in Parlamentsreden erinnernden Diskussionsbeiträgen den "einheitlichen Kampf der Studentenmassen gegen den bürgerlichen Staat" (MLS) bzw. den Kampf "für ein demokratisches Studium" (KSV) als das einzig wahre Rezept zu preisen. Als das langsam langweilig wurde, spielte man Klassenkampf: die anwesenden ÖSU-Bonzen wurden unter tosendem Beifall des Fußvolkes vom Tisch gefegt.

Dann wurde über die richtige Linie abgestimmt. Nach sechs Anträgen stand es fest: Die Studentenmassen werden einheitlich auf der Plattform der MLS kämpfen. Hoffentlich wissen sie es schon!

Anschließend wurde ein zentrales Kampfkomitee gewählt, das im wesentlichen aus Organisationsvertretern besteht. Der KSV wurde daraus ausgeschlossen, weil er nicht auf der einheitlichen Plattform stand, der VSSStÖ meldete daraufhin Bedenken an, ein paar Tage später trat die MLS aus diesem aus, weil sie wieder einmal Selbstkritik üben mußte. Es wird noch eine intensive Politisierung der Studenten notwendig sein, damit sie die Streitereien in der Linken aushalten.

Wir haben versucht, die Unsinnigkeit solcher Hörerversammlungen aufzuzeigen und einen regelmäßigen Treff vorgeschlagen, bei dem alle Studenten Erfahrungen und Information über Schwierigkeiten und Stand der Bewegung an den einzelnen Instituten austauschen können, was von der MLS mit Zwischenrufen "Abwieglert" und "Büttel der Professoren" kommentiert wurde.

Mittlerweile sind neue Organisationen gegründet worden. "Aktion Neue Rechte", "Bund Nationaldemokratischer Studenten", "Neue Mitte" und die "Junge Europa Studenteninitiative" wurden mit beträchtlichen Mitteln und aktiver Unterstützung vom ÖSU-Bonzen Prantz über Otto Habsburg bis zu NDP-Chef Burger aus dem Boden gestampft. Solidarität der Linken macht stark.

Wir haben stets versucht, die Bewegungen gegen die Studienverschärfungen zu unterstützen und werden dies auch weiterhin tun. Ein Aktionskomitee, das sich aus Organisationsvertretern zur Bestimmung der politischen Linie zusammensetzt, lehnen wir jedoch ab, denn wir sind der Meinung, daß eine zentrale Kampagne beim momentanen Stand der Bewegung nicht möglich ist. Eine längere Arbeit an den Instituten, wo es notwendig sein wird, die spezifischen Auswirkungen der Studienreform aufzugreifen und so am unmittelbaren Erfahrungsbereich der Studenten anzusetzen, kann erst die Voraussetzungen für eine zentrale Bewegung schaffen. Erst dann wird es möglich sein, die vielen "Weg's" in den Forderungskatalogen auch wirklich inhaltlich auszufüllen und verständlich zu vermitteln.

DISKUSSION-AKTION-KOMMUNIKATION

CLUB LINKS

1020 Wien, Odeongasse 1 (Ecke Gr.Mohrengasse)

Tel: 24-70-402

17.1. Terror und Klassenkampf

24.1. Wohngemeinschaft: Isolation oder Emanzipation ?

31.1. „Vermögensbildung in Arbeiterhand“ Referent: Egon KODICEK

Jeden Montag:

AKTUELLER ABEND

Diskussion über aktuelle, tagespolitische Ereignisse

1.2. FASCHINGSFEST

Geöffnet Montag, Freitag und Samstag ab 19 Uhr

Diskussionsbeginn 19Uhr30